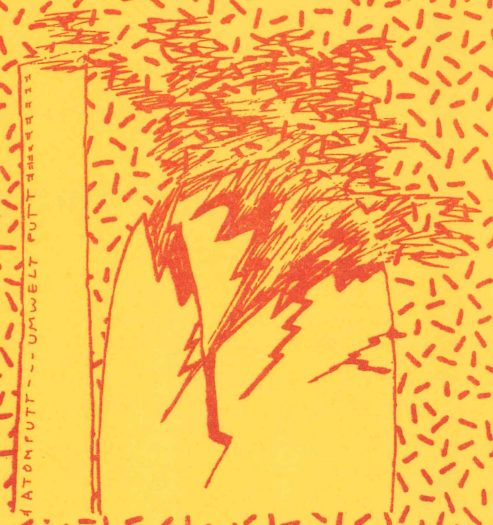
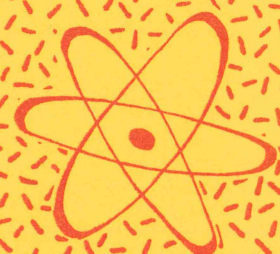


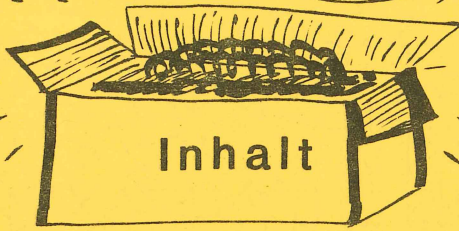
MAI/JUNI
1986

FRUHLINGS

OUTPUT



Umwelt-Politik-Express



Seite

1	Titel
2	Inhalt / Impressum
3	Tips zum Bafög (IV)
6	Bericht zur VV am 2.6.
8	Pressespiegel
10	GdI : Antrag an die Studienkommission
12	Rechnerarchitektur - Der DAS-Schein des Hauptstudiums ?
14	Die 14. KIF (Konferenz der Informatik Fachschaften)
19	Unsere Seite für Realsatire
20	Atomstaat - Unsere Politiker sorgen für eine todsichere Zukunft
25	Prof. Scheer : " Wir hören zur Zeit vier große Lügen "
29	Kurzkommentar dazu
30	Atomstaat Europa (Karte)
32	Bericht von der Demo in WAAckersdorf
33	ZAG & Co

46	Was ist das eigentlich ? - Das Frauenreferat
48	Neu: Das Schwulenreferat in Erlangen

49	Die Rätselecke
50	FIT oder Die Kunst sich mit fremden Federn zu schmücken (II)
52	Spickzettel
53	Kleinanzeigen
54	Karton
55	"Die beste Regierung ist die, welche am wenigsten regiert"
60	Entschuldigungen

Denkt dran: FSI-Sitzungen jeden Mittwoch 19 00 Uhr

Sprecherrat (Turnstr. 7)

Jeder ist eingeladen!

Impressum

Herausgeber : FSI Informatik
Redaktion : Andrea, Birgit, Dirk, Gerhard, Jörg, Michael, Peter
Druck : Druckladen, Bismarckstraße 34, Erlangen
Auflage : 1300
V.i.S.d.P. : Andreas Schneider, Turnstraße 7, 8520 Erlangen

Mit Namen gekennzeichnete Artikel gegen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Tips zum Bafög

TEIL (IV)

Vorher möchte ich jedoch eine Ergänzung zum letzten Teil nachtragen. Es geht um die Ersparnisse beim Rückzahlen der BAFÜG Darlehensschuld falls man größere Beträge sofort zurückzahlen kann.

Zunächst ist es wichtig noch mal darauf aufmerksam zu machen, daß die Rückzahlung der Schulden erst fünf Jahre nach Ende der Förderungshöchstdauer beginnt. Die meisten sind zu diesem Zeitpunkt schon einige Zeit erwerbstätig. Ein eventuell vorhandenes Sparguthaben ist daher zumindest nicht auszuschließen. Die hier abgebildete Tabelle gibt Auskunft über mögliche Ersparnisse:

Zum WS 1986/87 tritt der "Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes" (10. BAFÜGÄNDG) in Kraft. über die damit verbundenen Neuerungen, sowie von der Stellungnahme des Deutschen Studentenwerkes zur Situation der BAFÜG Empfänger handelt dieser Teil der BAFÜG Tips.

Ablösung des Darlehens bis zu ein- schließlich	Nachlaß in v. H. und Zahlungsbetrag zur Ablösung des Darlehensbetrages in Spalte 1 bei einer monatlichen Mindestrückzahlungsrate von				
	50 DM oder 80 DM			120 DM	
	Nachlaß v. H.	Zahlungsbetrag DM		Nachlaß v. H.	Zahlungsbetrag DM
DM 1	2	3	4	5	
1 000	10,0	900	9,0	910	
2 000	13,0	1 780	11,0	1 780	
3 000	17,0	2 550	13,0	2 610	
4 000	19,0	3 250	15,0	3 400	
5 000	21,5	3 925	17,0	4 150	
6 000	24,5	4 590	19,0	4 860	
7 000	27,0	5 110	21,0	5 530	
8 000	29,5	5 600	22,5	6 200	
9 000	31,5	6 125	24,5	6 795	
10 000	34,0	6 600	26,0	7 400	
11 000	36,0	7 040	27,5	7 975	
12 000	38,0	7 480	29,5	8 460	
13 000	40,0	7 900	31,0	8 970	
14 000	41,5	8 150	32,5	9 450	
15 000	43,5	8 475	34,0	9 900	
16 000	45,0	8 800	35,0	10 400	
17 000	47,0	9 010	36,5	10 795	
18 000	48,5	9 270	38,0	11 160	
19 000	50,0	9 500	39,0	11 590	
20 000	50,0	10 000	40,5	11 900	
21 000	50,0	10 500	41,5	12 285	
22 000	50,0	11 000	43,0	12 540	
23 000	50,0	11 500	44,0	12 680	
24 000	50,0	12 000	45,0	13 200	
25 000	50,0	12 500	46,5	13 375	
26 000	50,0	13 000	47,5	13 850	
27 000	50,0	13 500	48,5	13 905	
28 000	50,0	14 000	49,5	14 140	
29 000 (und mehr)	50,0	14 500	50,5	14 355	

Der links durchgestrichene Teil war nur vor dem 30.6.1982 interessant. Was im Augenblick aktuell ist, also bei einer Rückzahlrate von mindestens 120 DM, steht auf der rechten Seite. Demnach kann man sich ab einer Gesamtschuld von 29000 DM 50,5% der Schulden sparen, wenn man gerade mindestens 15000 DM zur Hand hat.



Nun zur BAFÜG-Änderung zum nächsten WS. Sie sieht zunächst einmal positiv aus:

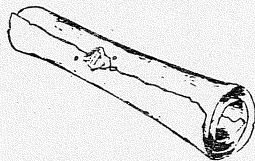
Der Grundbedarf wird von 500 DM auf 515 DM erhöht. Der Mietzuschuß ändert sich um 5 DM von 120 DM auf 125 DM. Bei hohen Mieten steigert sich der Härtefallzuschuß, der 75% der 125 DM übersteigenden Mietkosten deckt, von 60 DM auf 75 DM. Wer also den BAFÜG Höchstsatz bekommt und mindestens 295 DM Miete (inkl. Nebenkosten) zahlt, darf sich auf 35 DM mehr BAFÜG freuen. Da außerdem einige Freibeträge erhöht werden, sind auch bei anderen BAFÜG Empfängern Steigerungen zu erwarten.

Man sollte hier aber nicht nur die paar Mark mehr sehen, sondern BAFÜG an sich noch einmal kritisch betrachten. Das Deutsche Studentenwerk tat dies und nahm Stellung zur Situation der BAFÜG Empfänger, sowie zur neusten Änderung des BAFÜG Gesetzes.

Der vollständige Text liegt im Fachschaftszimmer aus. Hier ein paar wichtige Aussagen des Studentenwerkes:

1984 war die Zahl der geförderten Studenten mit 302000, dies waren im übrigen 25,1% aller deutschen Studenten, auf einen Tiefstand seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahre 1971 angelangt. Dies läge hauptsächlich an den vorherrschenden Gesetzen. Maßnahmen zur Erhöhung dieser Zahlen seien im übrigen nicht vorgesehen.

Problematisch sei auch die Diskrepanz zwischen Bedarfssatz und Förderungshöchstsatz. Das Deutsche Studentenwerk hat errechnet, daß ein Student ohne Mietkosten ca. 674 DM im Monat zum Leben benötigt. Dem gegenüber steht ein Förderungshöchstsatz vom 500 DM (bald 515 DM)!

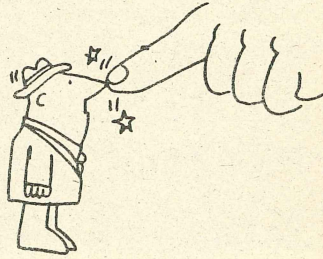


ABER WICHTIG IST ES DOCH!

Eine soziale Ungerechtigkeit gegenüber anderen Bevölkerungsschichten sei auch vorhanden: So seien die BAFÜG Empfänger die einzige Bevölkerungsschicht, die ihre vergleichsweise hohen Wohnkosten durch ein Darlehen finanzieren müssen. Die Einbeziehung aller Studenten in die Regelungen des Wohngeldgesetzes sei angebracht.

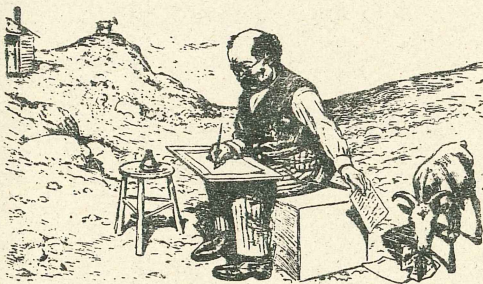
Gehe man von den im Jahre 1971 schon als Knapp bemessenen 420 DM Förderung aus, so müsse der Förderungshöchstsatz bei einem gleich hohen Anstieg wie bei einem Zwei-Personen Renten- oder Sozialempfängerhaushalt statt bei 690 DM heute bei 785 DM liegen!

Der Artikel des Deutschen Studentenwerkes kommentiert auch die Freibeträge, Förderungsmöglichkeiten für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, Zuschußförderungen wegen Behinderung, Krankheit, Schwangerschaft etc. und noch einiges mehr - wie schon erwähnt, die Artikel liegen im Fachschftszimmer zu Einsichtnahme aus.



Zum Abschluß noch ein Aufruf. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften haben von Schwierigkeiten bei der Begleichung der Darlehensschuld gehört. Es soll zu überhöhten Zinszahlungen gekommen sein. Daher hier die Bitte, wer jemanden kennt, der schon mit der Rückzahlung der BAFÜG Schulden zu tun hat (hatte), soll diesen doch bitten sich bei uns zu melden, und uns Erfahrungen diesbezüglich zukommen zu lassen. Wendet euch dabei bitte an die BAFÜG Beauftragte der Vereinigten Deutschen Studentenschaft
Silke Wittich-Neven
Vogelsang 80a
2070 Ahrensberg

oder an mich:
Jörg von der FSI Informatik.
Ich reiche alles weiter.



JS



Die Vollversammlung vom 2.6.1986

Das Thema der VV: "Die katastrophalen Durchfallquoten im Vordiplom", war eines, was viele wohl betraf. In Vorlesungsansagen und mit (nur) einem Plakat wurde außer einem Bericht in den EN/NN vom 27.5. auf die VV hingewiesen. Es gab einige Skeptiker, die sagten, daß die Mobilisierung nicht gut genug war.

Trotzdem waren um viertel nach zwölf dann doch mehr als 300 Studenten/innen sowie Prof. Leeb (Prüfungsausschußmitglied für die Informatik) und Dr. König von LS I anwesend.

Zu Beginn wurde dann in einer Einführung die Zahlen zu den Prüfungen, sowie die unserer Meinung nach dafür mitverantwortlichen Studienbedingungen genannt.

Nochmals wurden die Initiativen der FSI zur Abänderung dieser Zustände (seit Nov. 1982.) erwähnt.

Es hat sich leider bisher noch nicht genug getan.

Für den Ausbau des Erdgeschosses, der im Januar 1985 im Kultusministerium beschlossen wurde, erfolgte die Baugenehmigung, nach 16 Monaten, vor einigen Tagen (Behördliche Sofortmaßnahme). Mit dem Beginn der Bauarbeiten ist frühestens Ende des Monats zu rechnen. Diese sollen dann 7 Monate dauern. Was dann im neuen WS los ist, kann sich dann jeder selbst ausrechnen.

Die Studiensituation muß sich auf jeden Fall massiv bessern.

Danach erklärte Andreas den zeitlichen Rahmen und den Inhalt eines Wiederholungsantrages.

Im Anschluß daran berichtete Sabine über unsere geführten und nicht geführten Gespräche mit Dr. Raum sowie den Professoren Dejon, Leeb und Schneider.

Sie erzählte, daß am Anfang Dr. Raum unsere Argumente zur Mathe-Klausur ansatzweise verstand, Herr Prof. Dejon am Anfang nicht und danach nur mit 2 Fachschafter/innen reden wollte, was jedoch inhaltlich nichts brachte.

Der Hinweis, daß das Gespräch mit Prof. Leeb gut verlief wurde mit Lachen der Anwesenden, jedoch mit keinem Dementi quittiert.

Prof Dr. Schneider ließ im Gespräch mit Ihm maximal eine großzügige Prüfung der Anträge erwarten.

Nun wurde der von uns vorbereitete Resolutionsentwurf beraten.

Dieser wurde nach kurzer Vorstellung dann mit 320 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme angenommen.

Es ging hiernach dann noch um den Modus der TGdI-Vordiplomsprüfung. Winfried berichtete von seinen Gesprächen mit den Prof. Helbig, Seitzer und Unbehauen.

Er schlug danach in einem Resolutionsentwurf die Möglichkeit vor, daß wenn mann/frau nur in einem Teil durchgefallen ist, nur diesen dann auch wiederholen müsse. Da es über diesen Punkt eine größere Diskussion ohne greifbares Ergebnis gab, beschloß mann/frau diesen Tagesordnungspunkt nochmals auf den FSI-Sitzungen vorzubereiten, und dann auf der nächsten VV nochmals einzubringen.

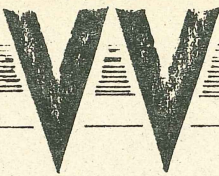
Zum Schluß wurde nochmals darauf hingewiesen, daß mann/frau einen AK Mathe sowie einen AK TGdI gründen könnte, der sich mit der Koordination zwischen den beiden Mathe-Lehrstühlen bzw. dem TGdI Prüfungsmodus beschäftigen kann. Als erstes Treffen war die FSI-Sitzung am 4. geplant.

Vielleicht lag es am Fußball, aber keine(r) kam.

Deshalb soll dieser Punkt nochmals auf der FSI-Sitzung am 18. behandelt werden.

Ich fand es auch bedenklich, daß noch nicht mal nach Mathe und TGdI die Leuete zur FSI-Sitzung gekommen sind, um über die Probleme zu reden. Sollte etwa die Mentalität vorherrschen, "Die FSI macht das schon" ???

Dies fände ich persönlich sehr schlecht und der Sache nicht dienlich.



WICHTIGER HINWEIS: Es besteht ein Unterschied zwischen einem Antrag auf Annulierung der Prüfung aus gesundheitlichen oder Prüfungsgründen und einem Antrag auf 2. Wiederholung. Wird dem Antrag auf Annulierung stattgegeben, so gilt die betreffende Prüfung als noch nicht abgelegt. Dieses beeinflusst nicht die Möglichkeit eines Antrages auf 2. Wiederholung. Nähere Informationen bei der FSI.

R E S O L U T I O N

an den Prüfungsausschuß der Technischen Fakultät

Auf der Vollversammlung der Informatiker/innen am 2.6.1986 wurde folgende Resolution verabschiedet.

In den letzten beiden Prüfungszeiträumen kam es in Mathematik I/II und Technologische Grundlagen zu extrem hohen Durchfallquoten.

So haben allein im April fast 60 % der Prüflinge die Mathematik - Vordiplomsprüfung nicht bestanden. Von den 97 Wiederholern sind 47 wieder durchgefallen. Dies führen wir u.a. auf die seit einigen Jahren katastrophalen Studienbedingungen zurück.

Deswegen fordern wir:

- Wiederholungsmöglichkeit für alle in den letzten beiden Prüfungszeiträumen durchgefallenen Studenten/innen,
insbesondere Genehmigung aller vorliegender Härtefallanträge

P.S. Auf der Prüfungsausschußsitzung am 4. wurde unserer Resolution nicht stattgegeben, die Anträge sollen jedoch wohlwollender geprüft worden sein. Ich kenne Jedoch Fälle, wo der Antrag abgelehnt wurde.

Richard

Pressespiegel

Prüfungsausschußvorsitzender Prof. Hans-Jürgen Schneider stellt klar:

Nur zwölf Prozent durchgefallen

Falsche Rechnung der Fachschaftsinitiative Informatik — Kritik am Modestudium

EN
7.6.86
Stadt
Erlangen

Sehr differenziert sehen möchte Prof. Dr. Hans-Jürgen Schneider, Vorsitzender des Prüfungsausschusses an der Technischen Fakultät, die Ergebnisse der Vordiplom-Prüfung bei den Informatikern. Schneider reagierte auf einen Bericht in unserer Zeitung, in dem von „katastrophal hohen Durchfallraten“ die Rede war.

Nach Ansicht Schneiders geht die Fachschaftsinitiative Informatik von falschen Voraussetzungen aus. Sie bezieht sich auf das schlechte Ergebnis im Fach Mathematik (1. Teilprüfung) und auf die Anfänger vom Herbst 1984 als betroffenem Jahrgang.

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses stellt nun klar, daß auch für diesen Jahrgang zwei Prüfungstermine zur Wahl standen, einer bereits im Oktober, einer dann im April. Nach Schneiders Beobachtungen melden sich die „Besseren“ zum ersten Termin, die „Leistungsschwachen“ erst zur April-Prüfung. Die Teilnehmer an diesem zweiten Prüftermin seien also kein repräsentativer Querschnitt.

Wenn man alle 586 Studierenden dieses Jahrgangs zusammenbetrachtet — also auch die Prüfungstermine Oktober 1985 und 1986 ge-

meinsam berechnet — so ergibt sich ein differenziertes Bild. Auf Anhieb bestanden insgesamt 189 Studenten diese Vorprüfung, im April waren überdies 43 Wiederholer erfolgreich. Insgesamt haben nach dieser Rechnung bereits 232 Informatik-Studenten die Prüfung bestanden, bei 83 Kandidaten steht die Wiederholung noch aus. Endgültig durchgefallen sind nach Schneiders Informationen bislang lediglich 41 Studierende, also nur zwölf Prozent.

Schneider, der selbst Informatik-Professor ist, hält die Rechnung der studentischen Fachschaftsinitiative deshalb für falsch. Er übt aber auch Kritik daran, daß die Informatik zu einem Modestudium geworden sei, für das viele Studierende nicht die erforderlichen Voraussetzungen mitbrächten.

„Wir müssen immer wieder feststellen, daß sich Studenten an diesem Fach versuchen, die die Mathematik nach dem 12. Schuljahr abgewählt oder im Abiturzeugnis „mangelhaft“ haben. Wer im Reifezeugnis weniger als vier Grundkurse in Mathematik mit je mindestens sieben bis acht Punkten hat, sollte um die Informatik einen großen Bogen machen“, meint Professor Schneider in seiner Stellungnahme.

Der Kommentar

Das Bayerische Kultusministerium war wohl nicht sehr erfreut, daß in den EN "Hohe Durchfallquoten" öffentlich angeprangert wurden. So mußte Prof. Schneider einen Bericht über die Vordiplomsergebnisse nach München schicken. Außerdem mußte die Öffentlichkeit wieder beruhigt werden. So folgte eine Gegendarstellung, um etwas klarzustellen: "Nur 12 % sind durchgefallen".

Prof. Schneider beweist damit schlüssig folgendes: Verschiedene Beschreibungen des selben Sachverhaltes lassen diesen wie zwei unterschiedliche Ereignisse erscheinen.

Sollten also alle drei Artikel auf einmal richtig sein?

Die FSI Informatik hat sicherlich die extremsten Beispiele für schlechte Studienbedingungen aufgezeigt. Die Zahlen stimmen jedoch alle.

Prof. Schneider hat nun versucht, die selben Zahlen einmal anders zu erklären. Er zeigt auf, daß "nur" 12 % entgültig durchgefallen sind. Man stelle sich dies einmal vor: Einige einzige Klausur zwingt 12 % aller Angetretenen das Studium abzubrechen. Soll dies etwa im Rahmen des vertretbaren sein?

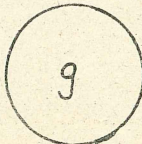
Was passiert, wenn die Tendenz zu hohen Durchfallquoten (von denen die mitgeschriebenen haben, sind nun einmal 58 % durchgefallen) anhält?

Was ist mit den anderen fünf Prüfungen, die noch zu bestehen sind?

Hier von "nur" 12% zu reden ist blanke Zynismus!

Prof. Schneider hat sicherlich Recht, Informatik zu einem Modestudium ist. Diesen Trend zu stoppen Frage und darf nicht zu Last- Alle im April zur Prüfung an- "die Leistungsschwachen" zu eine Unverschämtheit!

wenn er sich beklagt, daß die wird und deshalb überlaufen ist jedoch eine politische en der Studenten gehen. getretenen Studenten als bezeichnen ist schlicht

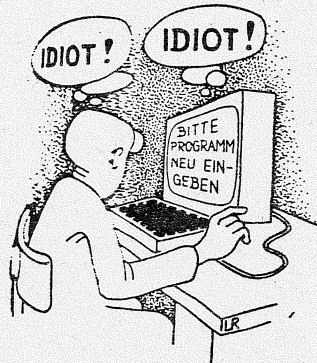


GdI

Die Studienkommission hatte im WS beschlossen, daß zukünftig jeder GdI prüfen darf, der irgendwann einmal die Vorlesung oder Übungen betreut hat. Das bedeutet, daß die Prüfer möglicherweise schon jahrelang nichts mehr mit dem Fach zu tun und infolgedessen auch keine Ahnung vom Inhalt der Vorlesung haben. Dies hielten wir, die VV vom 20.01.86, für untragbar und haben deshalb den Antrag auf schriftliche Prüfungen beschlossen.

Auf der letzten Sitzung der Studienkommission wurde nur über den Antrag gesprochen, aber nicht abgestimmt. Das Meinungsbild war eher negativ. Als Begründung für die Beibehaltung mündlicher Prüfung kam von Assistentenseite, daß Klausuren einen solchen Arbeitsaufwand erfordern würden, der die Betreuung der Student(inn)en unmöglich machen würde.

Außerdem wurde bei den Vordiplomsprüfungen im Frühjahr der Prüferkreis nicht ausgeweitet. Daher stellt sich für die studentischen Mitglieder der Studienkommission die Frage, wie weiter vorgegangen werden soll:



Ob wir in der Studienkommission auf die Abstimmung des Antrags und/oder -bei Beibehaltung von mündlichen Prüfungen- auf eine Festlegung des abprüfbaren Stoffes drängen sollen.

Wir können dies aber nicht allein entscheiden und erbitten deshalb zahlreiche Kommentare in den Fachschaftsbriefkasten. Vor allem Leute, die mit der mündlichen Prüfung schlechte Erfahrungen gemacht haben oder sich ungerecht behandelt fühlen, sollten uns dies mitteilen.

Erlangen, den 28.5.86

Antrag an die Studienkommission Informatik

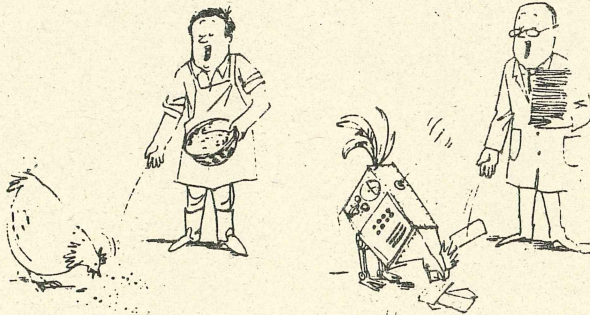
Betr.: Änderung der Prüfungsordnung Informatik
Schriftliche Prüfung von "Grundzüge der Informatik" im Vordiplom

Begründung: Wie schon in der Studienkommission festgestellt wurde, ist aufgrund der hohen Studentenzahlen, die reguläre Durchführung von mündlichen Prüfungen im Vordiplom nur noch schwer möglich. Wir halten die Ausdehnung des Prüferkreises für keine geeignete Lösung.

Die Vollversammlung der Informatiker und Informatikerinnen hat sich mit überwältigender Mehrheit dafür ausgesprochen, daß zukünftig die Prüfung in GdI schriftlich abgehalten wird.

Im Auftrag der Vollversammlung

Beate Beißwenger
Matthias Brust



1966: »put – put – put ...«

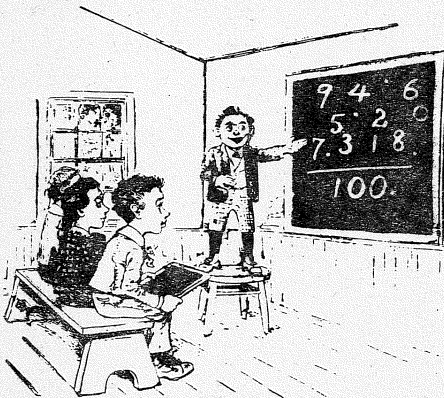
2066: »input – input – input ...«

RECHNERARCHITEKTUR

Der DAS-Schein des Hauptstudiums ?

Ganz an die Durchfallquoten des sagenhaften Thomas Beth kommen die Herren Hennig, Hohl und Seidel nicht heran. Es sind 'nur' 50 % in der letzten RA-Klausur durchgefallen. Aber was nicht ist kann ja noch werden.

Als erstes 'erfreuten' uns die drei Herren mit der Einführung des Sternchensystems, was uns alle an die ersten Grundschuljahre zurückerinnerte. Jeder und jede mußte sich in den Übungen melden und eine Aufgabe an der Tafel vorrechnen, um ein Sternchen zu erlangen.



Alle, die ihr Sternchen bekommen hatten durften an der Klausur teilnehmen. Scheinbar meinten die Organisatoren dieser Verschulungsmaßnahme, wir wüßten noch nicht, wie man sich den Stoff einer Vorlesung aneignet, obwohl alle das Vordiplomszeugnis in der Tasche hatten. Auch die Forderung der FSI Informatik, diese unwürdige Maßnahme doch abzuschaffen, wurde mit fadenscheinigen Argumenten abgeschmettert. So hieß es, daß sich niemand in den Übungen beteilige. Das zeige der Übungsbetrieb der letzten Jahre in Rechnerarchitektur.

Dem wolle man Abhilfe schaffen. In den letzten Jahren wurden in RA Großübungen zu 100 Teilnehmern/innen abgehalten. Da in dieser Form Beteiligung so gut wie unmöglich ist, müßte eigentlich jeder und jede einsehen. Außerdem weiß ich aus eigener Erfahrung als Übungsleiterin, daß die Beteiligung an den Übungen nicht nur Sache der Teilnehmer/innen ist, sondern sehr wohl auch von mir als Übungsleiterin abhängt.

Nun zur Klausur, die wir ja gnädigerweise mitschreiben durften. Die Aufgabenstellung war anders, als die der vroangegangenen Klausuren. Somit war die übliche Vorbereitung auf eine Scheinklausur, nämlich alte Klausuren durchzurechnen, völlig überflüssig gewesen.

Diese Klausur machte den Eindruck, als sei sie nie vorher durchgerechnet worden. So wurden für die Lösung einer Aufgabe 6 Zeilen Platz gelassen, wo bei richtiger Lösung 40 Zeilen gebraucht wurden (EBS). Die letzte Aufgabe war so schlecht kopiert, daß man die '0' nicht von 'D' oder 'Q' unterscheiden konnte. In einer anderen Aufgabe sollte überlegt werden, wieviel Stufen einer Pipeline mehrfach vorgesehen werden, wobei doppelt gemeint war. Im Ganzen war die Klausur in der gegebenen Zeit unmöglich zu lösen.

Das Ergebnis sprach für sich: Bei Beibehaltung der 50 Punkte-Grenze zum Scheinerwerb wären 70 - 80 % der Teilnehmer/innen durchgefallen. Das war wohl auch dendrei Herren zuviel. Es wurde also eine Punktegrenze gesucht und gefunden, bei der genau 50 % der Teilnehmer/innen bestanden: 40 Punkte.

Bei normalen Klausuren darf jeder und jede die Klausuren einsehen, um Fehler in der Korrektur, die ja nur menschlich sind, zu bemängeln und um seine/ihre Fehler zu erkennen.

RECHNERARCHITEKTUR

Der DAS-Schein des Hauptstudiums ?

Nicht so bei dieser Rechnerarchitekturklausur. Unter der Liste all jener, die die Klausur bestanden hatten, stand: „Einsicht in die Klausur ist nicht möglich“. Anscheinend können Herr Hohl, Hennig, Seidel keine Fehler machen. Erst nach Androhung gerichtlicher Schritte gaben sie der Forderung der FSI auf Einsicht in die Klausur nach.

Zu einer Nachklausur für alle Durchgefallenen ließen sie sich nicht bewegen. Allerdings zu einem Kolloquium für alle Durchgefallenen ab 8. Semester. Die Anmeldung für dieses Kolloquium sollte allerdings die FSI Informatik übernehmen, weil das für Herrn Hohl zuviel Arbeit war. Merkwürdigerweise ^{ändert} scheint sich dieser Aufwand nun ~~verringert~~ zu haben, da jetzt zur Teilnahme am Kolloquium eine persönliche Anmeldung bei Herrn Hohl nötig ist.

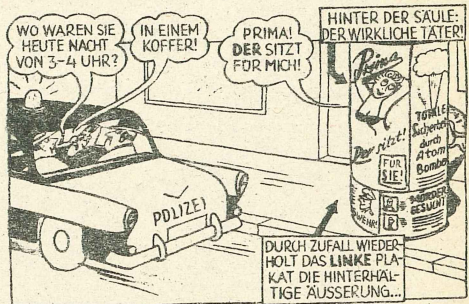
Allerdings dürfen dies nur Personen, die

1. an der Klausur im Februar '86 **berechtigt** mitgeschrieben haben,
2. den Schein zur letzten Prüfungsanmeldung vor Ende nächsten WS benötigen,
3. sich in die Liste der FSI Informatik "Anmeldung für das Kolloquium für RA" eingetragen haben.

Ich frage mich natürlich, was diese Maßnahme soll, zumal Bedingung 2, nicht nachprüfbar ist. Vielleicht will man erreichen, daß sich doch weniger zum Kolloquium anmelden, als auf der ersten Liste stehen ?

Katrin

Auch in den 50-er Jahren gab es schon den versteckten politischen Witz.



Die 14.



WER? WO? WAS?

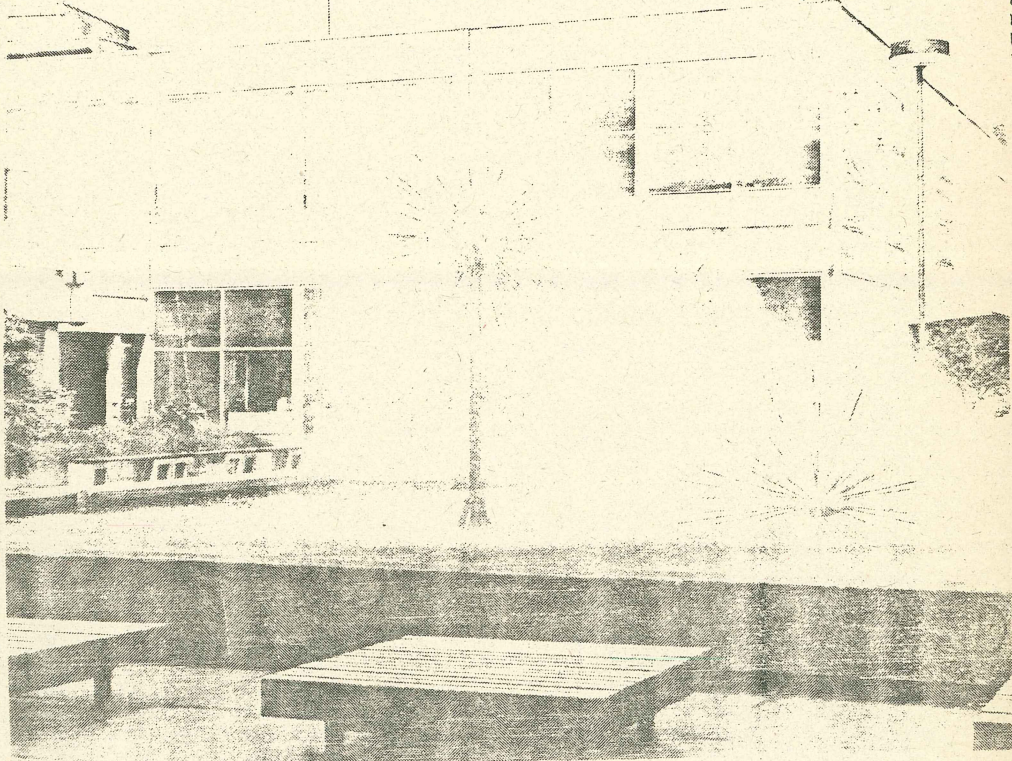
Vom 28.5. bis 1.6. fand die dies-jährige KIF, die Konferenz der Informatik-Fachschaften, in Frankfurt am Main statt. Hier trafen sich wieder über 100 Studentinnen und Studenten der Informatik aus dem ganzen Bundesgebiet; zusätzlich warwn noch Wien und Zürich vertreten.

Wir waren mit 8 Leuten dort, wovon 7 mit Autos und Hans mit dem Radl angereist waren. (Jetzt war er also doch mal bei der KIF)

Unseren Frankfurter Gastgeberinnen gebührt ein dickes Lob für die hervorragende Organisation: Die Unterkünfte, das gemütliche KIF-Cafe (woß zum Frühstück auch Müsli gab), die Feten, den selbstzusammengestellten Lokalführer (in dem von KIF-Veranstaltungen über Cafés und Kneipen bis hin zu Linksabbiegemöglichkeiten auf Frankfurt's Straßen alle wichtigen Infomationen enthalten waren) und das KIF-Büro als Anlaufstelle für Ratlose.



DIE ERLANGER DELEGATION (JEDENFALLS 6 DAVON): VON LINKS: ANDREA, JÖRG, KATRIN, THOMAS, BEATE, PETER



Es war für die Frankfurter nicht leicht, fröhlich mit uns zu feiern, und mir fällt es jetzt auch sehr schwer, den Grund dafür quasi im Plauderton ins Output zu schreiben.

Ein paar Tage vorher sind drei Leute aus der Fachschaft Opfer einer Brandstiftung geworden, zwei liegen schwerverletzt im Krankenhaus, und von dem einen ist noch lange nicht klar, ob er durchkommt. Eine Frau ist tot. Sie ist am Mittwoch, kurz bevor wir kamen, beerdigt worden.

Daher ist es wohl verständlich, daß die Stimmung besonders bei denen, die die Opfer kannten, ziemlich gedrückt war.

Folgende Arbeitskreise fanden statt:

- Künstliche Intelligenz versus natürliche Intelligenz
- Informatik und 3. Welt
- Informatik und Schule
- Die Rolle der Informatiker / innen
- Frauenarbeitskreis zur Quotierung (d.h. anteilmäßige Besetzung von Arbeitsplätzen mit Frauen)
- Sensible Informatiker / innen - Was tun mit dem erlernten Wissen?
- Expertensysteme zur Studienberatung
- Informatik und Rüstung
- Hochschulinformationssystem

AK : INFORMATIK & 3. WELT

Ich selbst nahm am AK "Informatik und 3.Welt" teil. Der AK wurde von Burkhard und Edda aus Hamburg auf der Grundlage ihrer Studienarbeit (!!!) zum selben Thema angeboten. Fragestellungen waren z.B., wo es sinnvolle Einsatzmöglichkeiten für Informations- und Kommunikationstechnologie im Sinne der Förderung der Entwicklung in 3.Welt-Läden gibt. Bald wurde deutlich, daß zwar bei der Fragestellung "Ich habe Computer; was machen wir damit?" eine Menge guter Ideen aufkommen. Betreibt man aber eine wirkliche Systemanalyse, kommt man meistens zu dem Schluß, daß es elegantere, weniger aufwendige und menschlichere Lösungen für

dieselben Probleme gibt, die ohne Computereinsatz auskommen. Es kam bei der Diskussion entscheidend auf den von den einzelnen Teilnehmern zugrundegelegten Entwicklungsbegriff an. Wer sich mit der Forderung nach Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Energie etc., also der Deckung der rein materiellen Existenzbedürfnisse zufrieden gibt, beurteilt z.B. ein staatlich gelenktes Landwirtschaftsinformations-, Instruktions- und Abrechnungssystem als prima Sache, während andere Leute selbiges in der Nähe von "Big Brother" ansiedeln würden, da persönliche Freiheit und Partizipation dabei unter den Tisch fallen.

DAS ABSCHLUSSPLENUM (AUSSCHNITT)

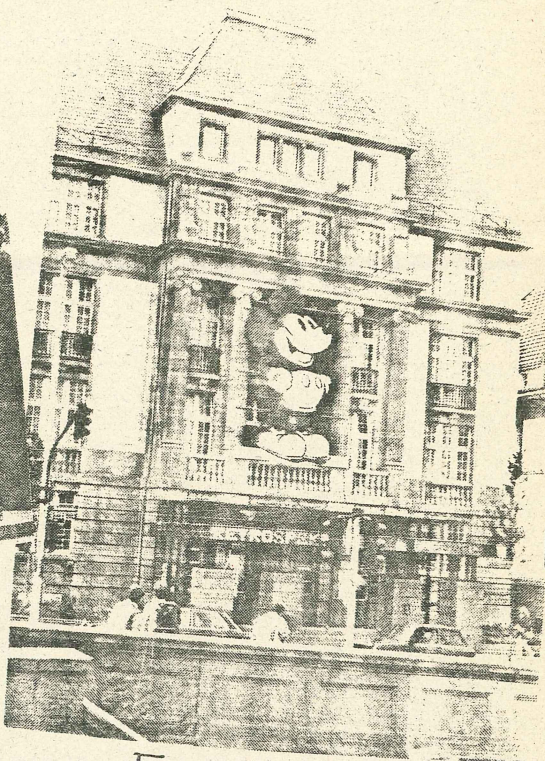


4 1/2 STUNDEN!

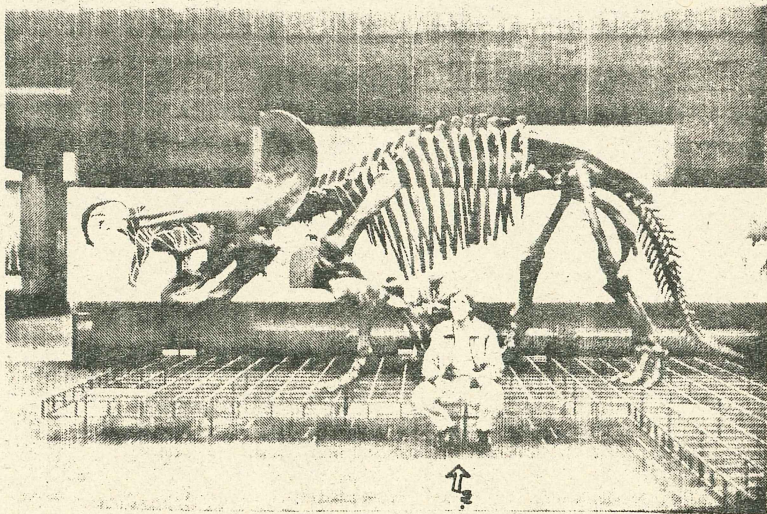


SCHILLERDES DENKMAL

STADT-BILDER



FILM MUSEUM



DINOSAURIER IM SENCKENBERGMUSEUM



PODIUMSDISKUSSION: COMPUTERLESBARER PERSONALAUSWEIS

Als besondere Veranstaltung gab es eine Podiumsdiskussion zu dem umstrittenen computerlesbaren Personalausweis, der zur Zeit in Planung ist.

Es sollten Vertreter aller im hessischen Landtag vertretenen Parteien teilnehmen, aber (man kennt das schon) trotz intensiver Bemühungen der Veranstalter fand sich kein Abgeordneter der CDU oder der FDP bereit, an der Diskussion teilzunehmen. Für die SPD kam der Abgeordnete Jürgen Hieder, und für die GRÜNEN Thilo Weichert aus dem Baden-Württ. Landtag, übrigens beide Juristen, wie auch der 3. Gast, der als unabhängiger Sachverständiger fungierte.

Die Diskussion war aus Mangel an Fürsprechern nicht sehr kontrovers. Grundaussage: Der neue PA dient der Bürgerüberwachung und ist ungeeignet zur Terrorismusbekämpfung. Fälschungssicherheit ist eine Utopie. Polizisten, die ein Lesegerät haben, werden es auch benutzen, und zwar unabhängig davon, ob die gummiartig dehnbare Auslegung der entsprechende Gesetze noch in Anspruch genommen werden kann oder nicht.

Informationen zum Thema:
Siehe Seite 33



DER 7: JÜRGEN

-aha-



Für alle, die jetzt die KIF-Lust pacht:

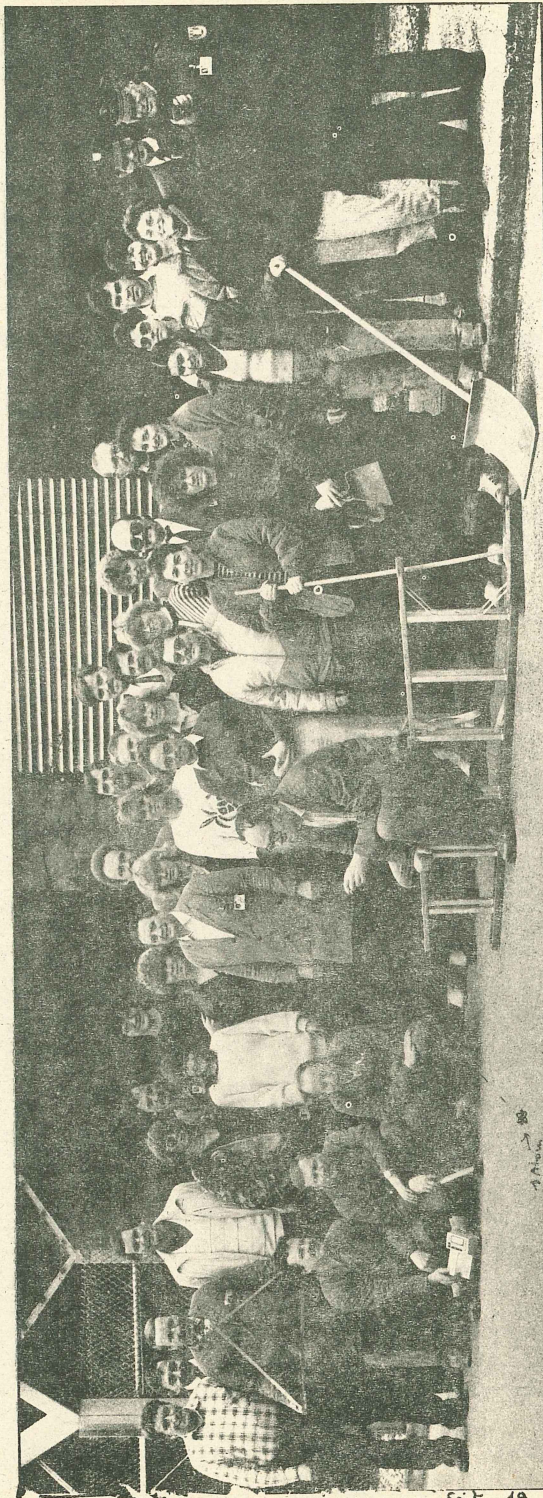
Die nächste KIF findet im November in Koblenz statt!

Artikel und Photos: -andrea-

Falls die Photos wider Erwarten dein Druch doch nicht überstehen: Wir haben zum ersten Mal versucht, sie mit einer Letracopy®-Folie zu rastern!

(HANS WURDE NICHT FOTOGRAFIERT, DEN KENNT SOWIESO JEDER)

UNSERE SEITE FÜR REALSATIRE:



Mitarbeiter der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe: Dreher, Konstrukteure, Schreiner, Meßtechniker, Chemiker, Verwaltungsangestellte, Laboranten, Reinigungspersonal, Elektromeister, bis hin zum Betriebsratsvorsitzenden. Die meisten arbeiten seit vielen Jahren in der Anlage. Aus eigener Anschauung wissen sie: Die Wiederaufarbeitungstechnik ist sicher.

WAA-Technik: erprobt und sicher

Quelle: "Blickpunkt Bayern" 1/1986

Den darunter abgedruckten Text möchten wir unseren Leserinnen und Lesern ersparen, da es aus technischen Gründen nicht möglich ist, dem OUTPUT Tüten beizulegen.

ATOMSTAAT ?

Unsere Politiker sorgen für todsichere Zukunft !

Unser Landesvater F.J.Strauß weiß wie immer, wie mit Chaoten umgesprungen werden muß. Schon nach den Ostermärschen kündigte er an: "Beim nächsten Mal werden wir vielleicht noch deutlicher werden. Wir sind fest entschlossen, der Autorität des Staates Geltung zu verschaffen." Das geht z.B. so:

Am 30.4. durchsuchte die Polizei die Wohnungen der presserechtlich Verantwortlichen des RADI-AKTIV, bei einer Redakteurin wurde die Haustür aufgebrochen. 1200 Exemplare des RADI-AKTIV wurden beschlagnahmt. Wenn die Polizei kommt (diesmal am frühen Nachmittag), hat man und frau zu Hause zu sein, sonst ist eben zumindest ein neues Schloß fällig. Für die Beschlagnahme gabs folgende Gründe: Auf Seite 73: Eine Liste, in der die Firmen aufgezählt wurden, die am Bau der WAA beteiligt sind. Außerdem befand sich auf der Seite die Dokumentation eines Bekennerschreibens zu einem Anschlag gegen die Firma Hochtief.

Auf Seite 62 war ein Artikel aus der TAZ nachgedruckt, der folgenden Passus enthielt: "Sämtliche Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn."

Wenn die Staatsanwaltschaft so hin und her blättert, fühlt sie sich zur Begehung von Straftaten aufgefordert. Aber es kommt noch schlimmer: Auf Seite 3 eine Aufforderung, auch geheime Informationen über Polizeieinsätze und -planungen und über Justiz- und Regierungsanweisungen an das RADI-AKTIV weiterzuleiten.

Leider werden so interessante Fakten wie der Einsatz der GSG 9 in Wackersdorf oder die Amtshilfe zwischen Bundeswehr und Polizei nicht als Pressemitteilungen an das RADI-AKTIV geschickt, dann wär diese Aufforderung überflüssig. Und sich auf verschiedenen Seiten Sätze herauszugreifen und zu Straftaten zusammenzukombinieren, ist einfach absurd. Tatsächlich soll auf diese Weise der Widerstand gegen die WAA kriminalisiert und behindert werden. Die Herrschenden wissen genau, daß nach der Katastrophe in Tschernobyl die Gefährlichkeit des Atomprogramms offensichtlich geworden und neuer Widerstand seitens der Bevölkerung zu erwarten ist. Da muß erst mal durchgegriffen werden. Wenn man, frau und kind sich mit dem RADI-AKTIV solidarisch zeigen will:

- Das RADI-AKTIV kann für 20DM abonniert werden.
- Auf das Postscheckkonto Nürnberg Nr. 113237-850, Anita Aschenbrenner, können Spenden für den anstehenden Prozeß überwiesen werden.



Das Flugblatt, daß über diese Vorgänge informiert, ist übrigens reißerisch überschrieben mit: RADIOAKTIVE WOLKE ÜBER EUROPA! Da hat der Verfasser wohl noch nicht das Flugblatt "Die Wahrheit über Tschernobyl" gelesen. Der DKP-Bezirk Nordbayern "informiert aus erster Hand", daß die Wolke harmlos ist. Der staunende Leser erfährt: "Nach Auffassung der Experten haben für unsere Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt akute Gefahren bestanden. Außerdem seien die Strahlenwerte mit denen nach einem Atomwaffentest vergleichbar, wie der Münchner Experte Hans Jörg Haurie sagt. Wenn das der Leiter des Nuklearinstituts Münster gewußt hätte, hätte er sich die Bodenmessungen sparen können, in denen nach der Katastrophe von Tschernobyl Plutonium in hundertfach höherer Konzentration gefunden wurde als nach dem Atomwaffentest der 60er Jahre. Aber wahrscheinlich paßt auch das irgendwie zusammen, und unser Vertrauen in die Experten steigt. Deswegen kann auch der Reaktor in Tschernobyl wie geplant in derselben Ausführung neugebaut werden, weil die nächste Wolke genauso harmlos wird. Uns allen fällt ein Stein vom Herzen.

Ganz anders geht die SPD auf Dummen bzw Wählerjagd. Sie denkt um und steigt schrittweise aus. Ihr Kanzlerkandidat Rau billigt das Vorgehen der Polizei zu Pfingsten in Wackersdorf. Da erprobte der BGS seine neuen Waffen für den Bürgerkrieg. So z.B. der CS-Kampfstoffkörper, der beim Aufprall in mehrere Einzelkörper zerfällt, heiß wird und angetrieben durch mehrere Düsen in der Gegend herumfliegend sein Gas verteilt. Ihn kann man ebensowenig zurückwerfen wie den Frog, eine faustgroße Gummikugel, die mit CS-Gas gefüllt ist und bei jedem Aufprall weiterspringt. Durch solche Waffen wird Kampfgas unter alle Demonstranten verteilt, egal ob Chaoten oder nicht. An diesen Waffen kann man ablesen, daß es den Herrschenden gar nicht mehr darum geht, einzelne Gesetzesbrecher abzuwehren.

Die bayerische Staatsregierung will aber noch bessere Ausrüstung für die Polizei. "Distanzmittel" sollen eingeführt werden, das heißt Gummigeschoßwaffen. Wer aus einer Entfernung von unter 20 Metern von einem Hartgummigeschoß getroffen wird, kann an den verursachten Verletzungen sterben. Aber schließlich geht es ja auch darum "einen Strahl von Blut und andere ver-

1.) Da haben die Experten wohl recht, aber an den Folgeschäden werden wir wohl noch zu knacken haben.



Wieso, es ist doch Pilzzeit!

gleichbare Effekte zu vermeiden." (Studie der US-Armee
). Wenn "unsere" Bereitschaftspolizei mit diesen
Waffen nicht klarkommt, kann sie sich von südafrikanischen
Kollegen Rat holen. In Südafrika wurden Hartgummigeschoße gegen
Demonstranten eingesetzt, ehe sich Schrottgewehre als noch
wirkungsvoller durchsetzten.

Um die Bombenfabrik noch effektiver zu schützen, soll außer-
dem um den WAA-Bauzaun ein Fallgraben errichtet und
ein sogenannter "Sicherheitsstreifen" soll auf 5 Kilometer
ausgeweitet werden. Das ist der Mindestabstand für friedliche
Demonstranten, und die dort wohnenden Einheimischen unter-
liegen dann einer Art Besatzungsrecht.

So schützt die Polizei den Profit der DWK (Deutsche Gesell-
schaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen), der Kraft-
werk Union AG, der Kraftanlagen AG Heidelberg und von Nukem
und Siemens.

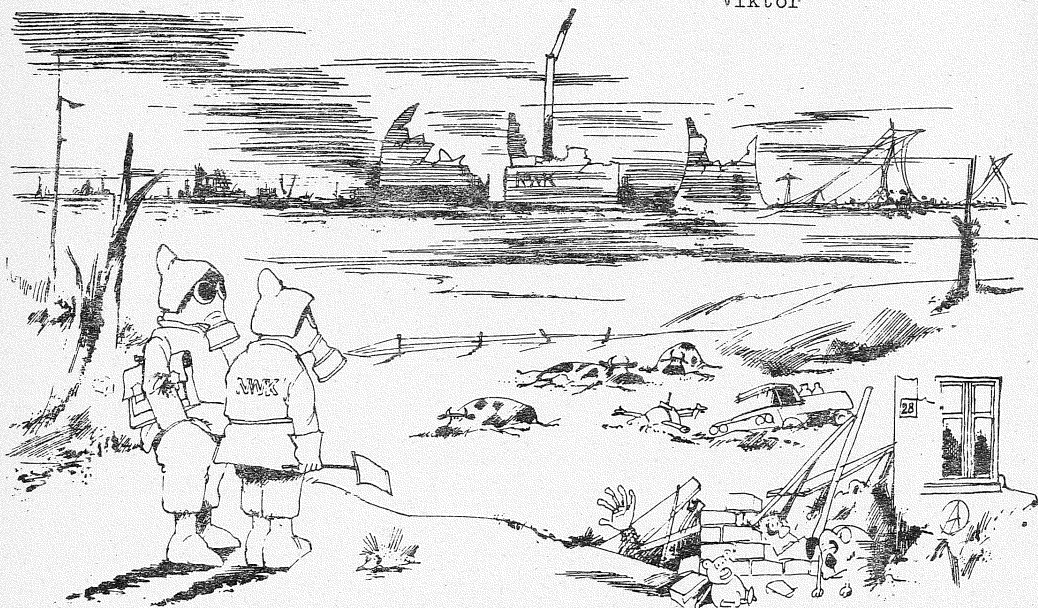
Gleichzeitig mit solchhaMaßnahmen werden demokratische Rechte
schon seit Jahren abgebaut. Berufsverbote, Einschränkung des
Demonstrationsrechts, Änderung des Streikrechts sind vor-
läufige Höhepunkte einer Entdemokratisierung. Wer auf seinen

Maximalprofit bedacht ist,denkt eben vor,z.B. an möglicher-
weise streikende Arbeiter.Die werden dann streng legal mit
einer gut ausgerüsteten Polizei leichter zu bändigen sein.
Es gilt jetzt also,das Bonner Atomprogramm zu stoppen und
den Kampf für die Erweiterung unserer demokratischen Rechte
aufzunehmen.Dazu ist ein massenhafter,aktiver Widerstand
nötig.

Um viele Menschen auf die Gefahren des Atomprogramms auf-
merksam zu machen ,führt die FSI Informatik eine Unterschriften-
sammlung für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen
auf Kosten der Betreiber durch.(Unterschriftenlisten befinden
sich im Fachschaftszimmer).Außerdem wird eine Anti-WAA
Woche (23.-27.Juni) stattfinden.

Gegen den Widerstand vieler Menschen sind alle Unterdrückungs-
maßnahmen wirkungslos.Wird die Umgebung der WAA fast unbe-
wohnbar gemacht,demonstrieren wir woanders.Zufahrtswege zur
WAA können blockiert ~~werden~~,Warnstreiks gegen die Atomanlagen
in der BRD durchgeführt werden.Zahllose Möglichkeiten warten
auf Erprobung,um durchzusetzen,was auf Demonstrationen zu
hören war:"Ob Kalkar oder Tschernobyl,legt alle Kernkraft-
werke still!"

Viktor



Jetzt werden die Kernkraftgegner natürlich wieder 'ne große Klappe haben.

Prof. Dr. J. Scheer, Bremen:

"Wir hören zur Zeit vier große Lügen"

Am Freitag, dem 16. Mai sprach Prof. Dr. Jens Scheer von der Uni Bremen bei einer Diskussionsveranstaltung im Audimax. Thema (aus aktuellem Anlaß): Tschernobyl und seine Folgen.

Es waren mehrere Hundert Leute anwesend. Für die, die nicht da waren, möchte ich die Grundaussagen von Prof. Scheer kurz zusammenfassen.

Lüge Nr. 1

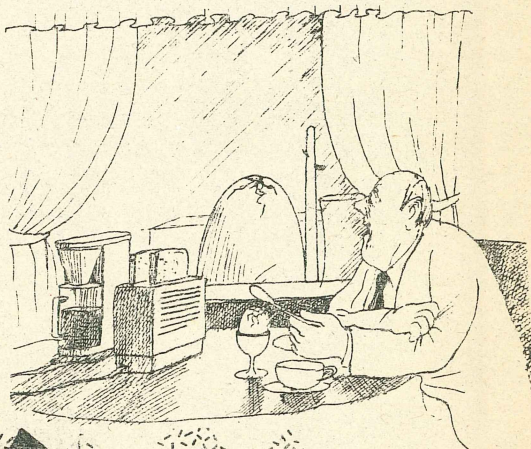
"Sowas kann hier nicht passieren."

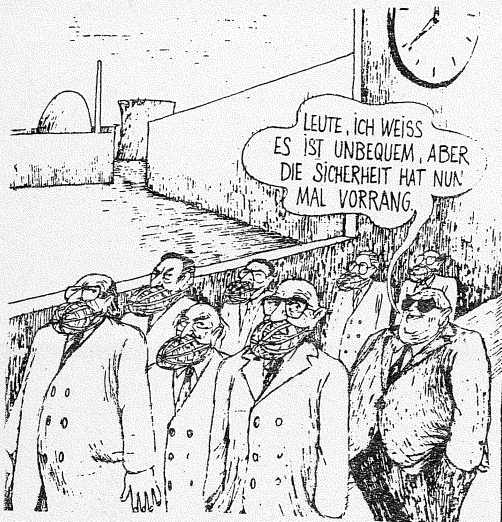
Richtig: Ein Graphitbrand kann bei Kraftwerken, die keinen Graphit verwenden, natürlich nicht passieren.
Falsch: Eine Katastrophe ähnlichen Ausmaßes ist auch hier möglich. In unseren Reaktoren finden die Kernreaktionen in einem geschlossenen Druckkessel statt, der durch die ständige Belastung durch Hitze und Neutronenstrahlung spröde wird. Grundsätzlich kann jeder Druckkessel spontan bersten, dies ist nicht vorhersehbar. Beim Unfall würden ungeheure Mengen von Radioaktivität auf ein Mal freigesetzt.

Besorgniserregender Zustand: Das AKW Stade

Aus Unterlagen, die beim Institut für Reaktorsicherheit entwendet wurden, geht hervor, daß das ziemlich alte Atomkraftwerk Stade besonders in Gefahr ist. Der Druckkessel ist wesentlich schneller spröde geworden, als die Fachwelt erwartet hatte.

Die Betreiber können jedoch nicht zugeben, daß dieses AKW unsicher ist und betreiben es daher weiter. Sie konnten allerdings Prof. Scheer nicht gerichtlich verbieten lassen, auf den





Zustand des AKW Stade aufmerksam zu machen. Das Landgericht Hamburg hat ihm lediglich die Auflage erteilt, dazuzusagen, daß es ein TÜV-Gutachten gibt, wonach noch für 40 Jahre für dieses Kraftwerk nichts zu befürchten sei!

(Was nicht unbedingt für das AKW Stade, sondern eher gegen die Glaubwürdigkeit des TÜV spricht.)

Kriminelle Mißachtung der Sicherheitsbestimmungen: AKW Brunsbüttel

In diesem Kraftwerk ist vor ein paar Jahren ein druckführendes Teil spontan abgeplatzt. Damals trat eine radioaktive Wolke aus. An der Bremer Uni wurde das radioaktive Jod gemessen. Der Öffentlichkeit wurde dieser Unfall nur durch einen anonymen Anruf bei der Presse bekannt.

Die Betreiber hatten die automatische Abschaltvorrichtung überbrückt(!), um das Kraftwerk trotzdem weiterlaufen lassen zu können.

Die 2. Lüge:

"In ein paar Wochen ist alles vorüber."

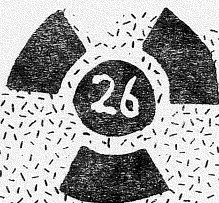
Unsere Regierung weist absichtlich immer nur auf die Gefahr des radioaktiven Jods hin, damit nach einigen Wochen Entwarnung gegeben werden kann und die Bevölkerung dann beruhigt ist. In Wirklichkeit werden in starkem Maße auch langlebige radioaktive Elemente wie Caesium 134 und 137 (HWZ 30 Jahre) mitgemessen. Den Kernforschungszentren Jülich und Karlsruhe z.B. wurde verboten, andere Zahlen als die über Jod an die Öffentlichkeit zu lassen.

Es ist also nicht wahr, daß es ausreicht, wenn man einige Wochen keine frische Milch trinkt und kein Blattgemüse ißt. Die radioaktive Belastung wird auf unabsehbare Zeit hoch bleiben.

Die 3. Lüge:

"Hierzulande hat niemand Schaden genommen."

Obwohl es keine akuten Fälle von Strahlenkrankheit wie in der Sowjetunion gibt, ist eine chronische Gefährdung, also Spätschäden, wahrscheinlich.



Eine Gruppe von Biologen in Hamburg hat errechnet, daß die mittlere Belastung in der BRD das doppelte Niveau der bisherigen Hintergrundstrahlung erreichen wird, also noch durchschnittlich 100 mrem zusätzlich.

Diese Hintergrundstrahlung ist auch nicht ungefährlich, auf ihr Konto geht heute schon ein gewisser Anteil an Krebstoten.

Die Meinung vieler Fachleute, geringe radioaktive Strahlung sei unschädlich, stützt sich hauptsächlich auf die Auswertungen bei den Opfern von Hiroshima und Nagasaki. Dabei handelt es sich immer um akute Strahlenbelastung auf hohem Niveau; auch die Überlebenden in den Außenbezirken hatten über 10 Rem abbekommen. Im Bereich unterhalb von 1 Rem gab es bisher noch keine sorgfältigen Untersuchungen.

Jetzt aber gibt es die Ergebnisse einer langjährigen Untersuchung an amerikanischen Atomarbeitern, die chronisch bestrahlt wurden.



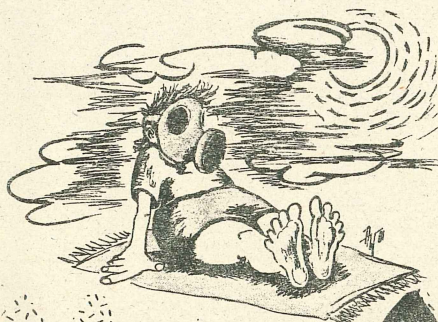
Dabei zeigt sich, daß bei niedriger Dauerbelastung die relative Gefährdung größer ist als bisher angenommen.

Daraus errechnet sich ein Zahlenwert von 30.000 zusätzlichen Krebstoten, wenn eine Bevölkerung von 50 Mio im Laufe eines Jahres mit 1/10 Rem belastet würde.

Die 4. Lüge:

"Atomkraftwerke abschalten heißt: die Lichter gehen aus."

Auf die Frage eines Informatikprofessors aus dem Publikum in Erlangen sagte Prof. Scheer hierzu, daß bei Wiederinbetriebnahme eingemotteter Gas- und Kohlekraftwerke ein Ausstieg aus der Kernkraft innerhalb von 5 Tagen möglich sei.



Kein Grund zur Aufregung!

Jetzt haben wir die Chance zur
Veränderung!

Aus der Strahlenbelastung, mit der wir jetzt leben müssen, darf keine Resignation resultieren. Viel mehr sollten wir daraus die Kraft schöpfen, dafür zu sorgen, daß soetwas "bei uns" wirklich nicht mehr passieren kann.

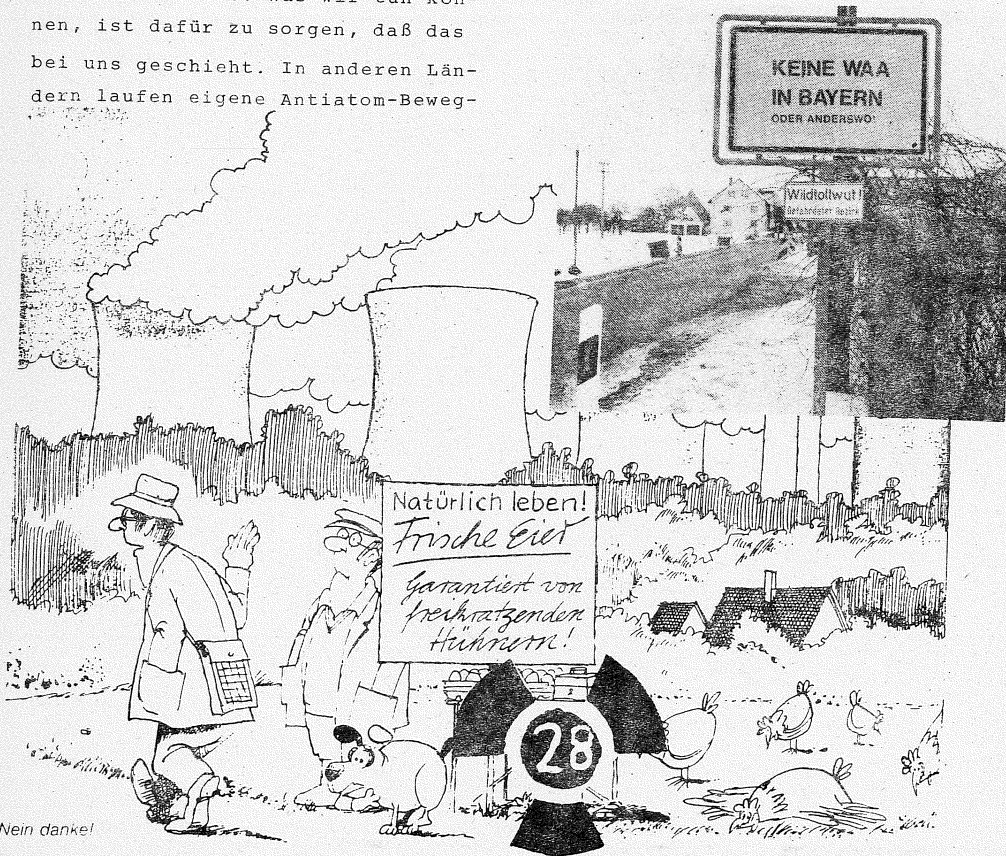
Der politische Preis für das Atomprogramm als ganzes kann jetzt in die Höhe getrieben werden durch eine immer stärker werdende Volksbewegung.

Das langfristige Ziel ist: Abschaltung aller Atomanlagen in der BRD und anderswo. Was wir tun können, ist dafür zu sorgen, daß das bei uns geschieht. In anderen Ländern laufen eigene Antiatom-Beweg-

ungen, wobei gegenseitige Unterstützung natürlich erwünscht ist.

Kurzfristig ist es wohl am besten, sich auf die schwächsten Glieder zu konzentrieren, z.B. Brokdorf, das ja erst eingeschaltet werden soll, den Schrottreaktor Stade, sowie die WAA in Wackersdorf und den Schnellen Brüter.

(Der Vortrag wurde zusammengefaßt nach schriftlich vorliegender Fassung, die von einer inhaltlich gleichen Veranstaltung am Vortag in Frankfurt herrührt. Diese liegt im Fachschaftszimmer aus.)



Kurzkommentar

Der Vollständigkeit halber möchte ich ergänzen, daß Prof. Scheer mit seinen Schlußfolgerungen über die gesundheitlichen Folgen Tschernobyl's in der BRD -30.000 zusätzliche Krebstote jährlich- weitgehend allein steht. Die Fachwelt (Prof. Scheer ist kein Mediziner) meint überwiegend, daß mit einer signifikanten, d.h. später statistisch nachweisbaren, Erhöhung der Krebsrate nicht zu rechnen ist.

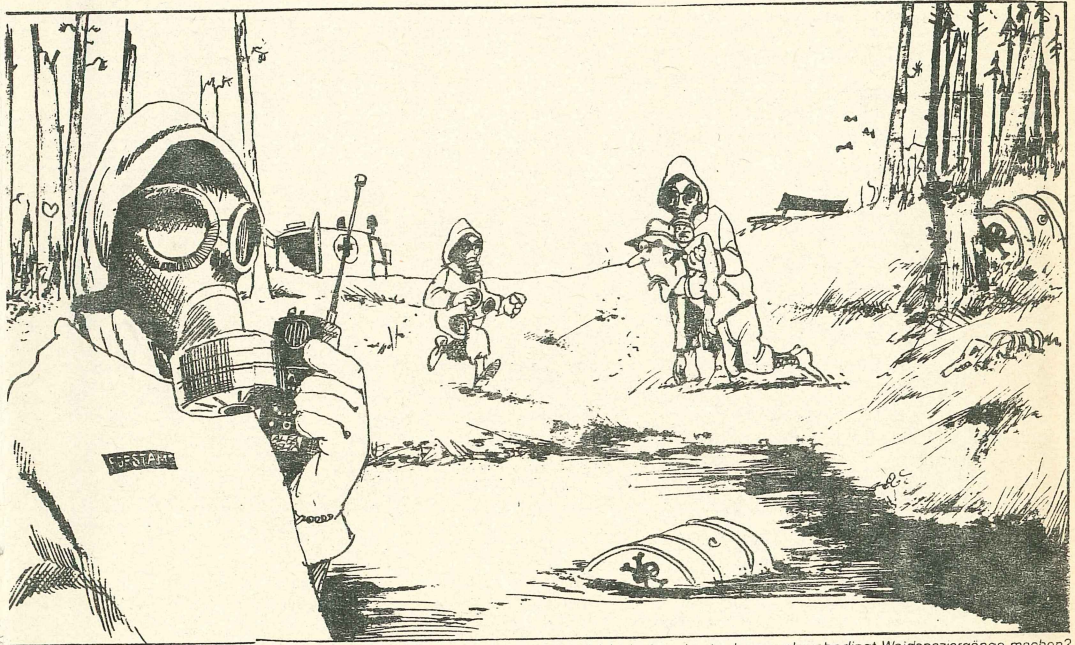
Es wäre nicht in Ordnung, jetzt in Angst zu leben und den Lebensstil zu ändern, weil dies mit Sicherheit eine Verschlechterung der Lebensqualität bedeuten würde.

Fatalstes Beispiel hierfür: Schwangere ließen in der jüngsten Vergangenheit auf Anraten ihrer Ärzte (!) Abtreibungen durchführen, aus Angst, sie würden Monster gleichen von Hiroshima gebären.

Das unverantwortliche Handeln dieser Ärzte kann man sicher nicht Prof. Scheer anlasten, doch gibt es, meine ich, genügend andere Argumente gegen die Kernkraft, als daß man hier die Bevölkerung verunsichern sollte.

Schließlich kommt es nicht auf die jetzt zu Erwartenden Todesziffern an -gegen die wir sowieso nichts tun können-, sondern auf die, die sich bei einem vergleichbaren Unfall bei uns ergeben würden.

Peter



Müssen diese leichtsinnigen Leute denn auch unbedingt Waidspaziergänge machen?

ATOM-STAAT EUROPA

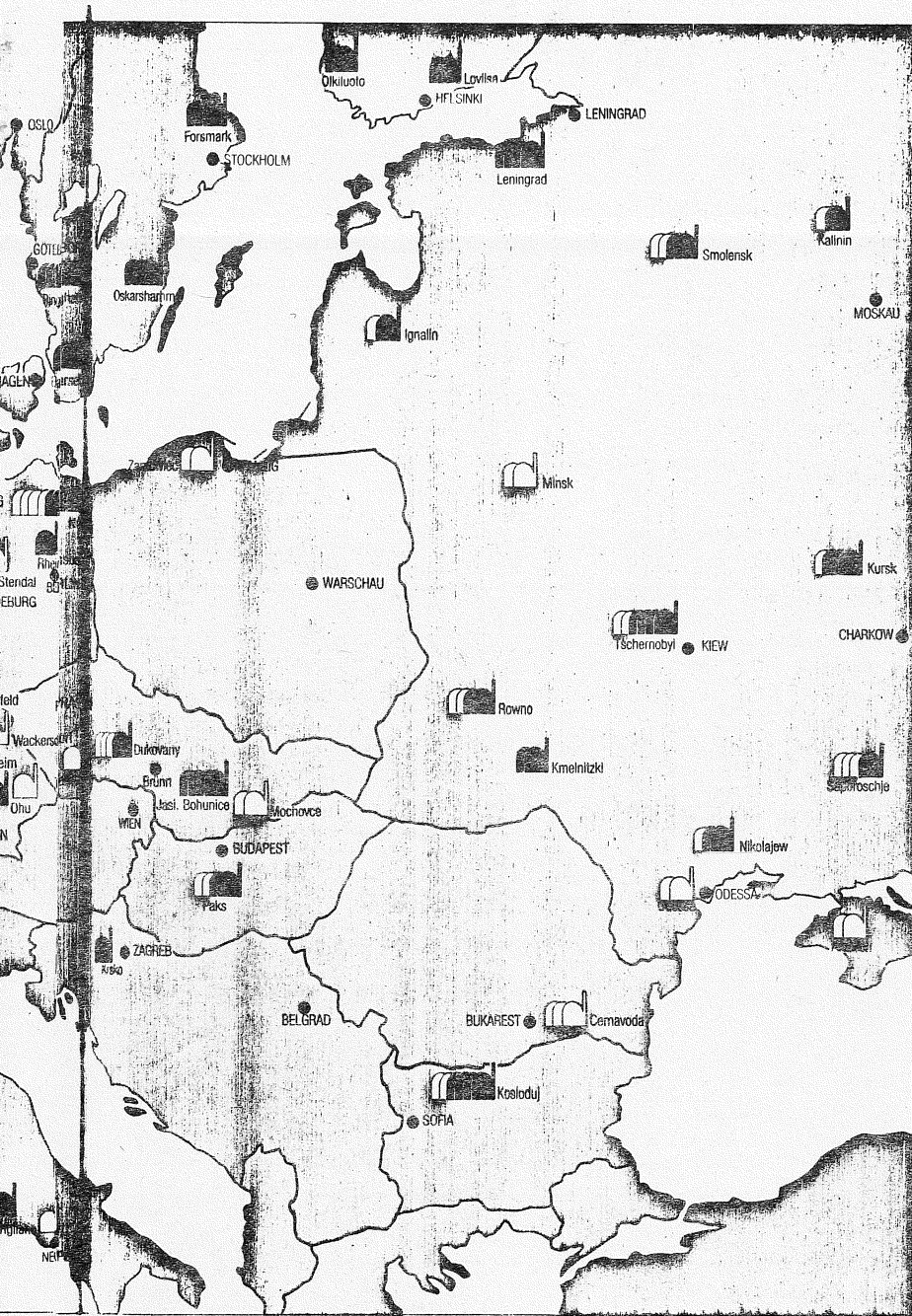
Nirgendwo auf der Welt ballen sich Kernkraftwerke so dicht zusammen wie in Mitteleuropa. Vom Ural bis zum Atlantik sind schon über 200 Reaktoren in Betrieb, weitere 100 sind im Bau. Besonders auf Atom setzen Frankreich, England und die Bundesrepublik.

	Reaktor in Betrieb
	Reaktor im Bau
	mehrere Reaktoren an einem Standort
	Wiederaufarbeitungsanlage in Betrieb
	Wiederaufarbeitungsanlage im Bau

natur 6/86



Quelle: atomwirtschaft atomtechnik / Maßstab 1:10 Millionen / Illustration: Erno Klement



WAA

Die Fronten verhärten sich, die Gewalt nimmt zu.

Die Zeitungen sind voll davon : Chaoten, die Steine werfen, Polizisten, die mit CS-Gas sprühen.

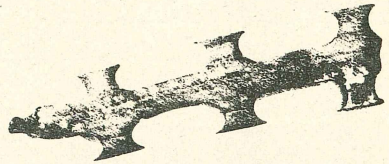
Am Samstag, dem 7. Juni war ich am Bauzaun in Wackersdorf und habe gesehen, wie es zu diesen Krawallen kam. Es war erschreckend.

Zunächst war alles ganz harmlos. Tausende von Menschen, junge Leute, Eltern mit ihren Kindern, ältere Damen und Herren, gingen friedlich am Zaun entlang und bestaunten das Baugelände. Viele Hektar Matsch, auf denen Dutzende von Polizeifahrzeugen auf ihren Einsatz warteten. Streifenwagen, Mannschaftswagen, Amphibienfahrzeuge und Wasserwerfer, alles war da. Auf einem Hügel in der Mitte des Geländes stand die Einsatzleitung mit Ferngläsern und Funkgeräten. Von den Wachtürmen und aus den Fahrzeugen heraus filmten fleißige Beamte in die gaffende Menge. Ich kam mir vor, wie bei einem Schulausflug.

Sonderbarerweise befanden sich die meisten der anwesenden Polizisten nicht hinter dem sehr unüberwindbar aussehenden Bauzaun, sondern standen "irgendwo" in Hundertschaften herum. Relativ kleine Grüppchen also im Vergleich zu den Demonstrantenmassen, die vorbeizogen. Den Polizisten, im Vergleich zu vielen von ihnen sehen selbst unsere alljährlichen Erstsemester wie gestandene Männer aus, war ihre Unsicherheit und Angst deutlich anzusehen. Sie standen meist dichtgedrängt im Kreis, mit ihren Schilden eine schützende Mauer bildend, und harhten der Dinge, die da kamen. Sie kamen in Form von einigen verummten Gestalten.

Von Zeit zu Zeit bekamen die Hundertschaften nämlich Befehl, ihre Stellung zu wechseln. Sie bahnten sich dann einen Weg durch das Demonstrantengewühl, nur um sich 100 m weiter wieder aufzustellen. Bei einem dieser Umzüge geschah es dann: Ca. 20 radikale Typen fingen an, mit Steinen zu werfen. Die Polizisten mußten sich zurückziehen. 10 min später kam es dann zum Gaseinsatz, was natürlich die Gemüter ganz schön erhitzte; die Schlacht hatte begonnen:

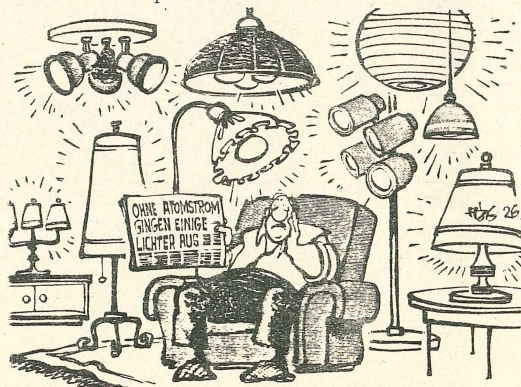
Sofort kam mir ein Gedanke in den Sinn: Wenn sich die Polizisten alle 50 Meter hinter dem Bauzaun aufhalten würden, könnten die Chaoten Steine werfen, soviel sie wollen, sie hätten einfach kein Ziel mehr. Sollten sie dann versuchen, den Bauzaun zu zerlegen (er besteht aus "wasserdurchlässigem" Stahlgitter mit reichlich Natodraht (s. Abb.) obendrauf), stehen genügend Wasserwerfer zur Verfügung, die weiter spritzen können, als Radikale Steine werfen. Der Bauplatz wäre auch auf diese Art uneinnehmbar.



Stattdessen ziehen Polizisten scheinbar unmotiviert durch die Demonstrantenmassen.

Wozu ?

Mir drängt sich der Verdacht auf, daß die Polizisten von oben diese unglückseligen Befehle bekommen. Irgendwelche Dummbbeutel fangen dann schon Streit an und schon wird das Bild vom "gewalttätigen Atomgegner" bekräftigt. Eines der wichtigsten Argumente der Atomlobby im übrigen, um die Demonstranten zu diffamieren und eine willkommene Unterstützung für alle die, die ein schärferes Demonstrationsstrafrecht fordern. Sehe ich Gespenster ?



„Da säße ich ja in totaler Finsternis!“

ZAG & Co.



Datenverarbeitung in den Sicherheitsorganen

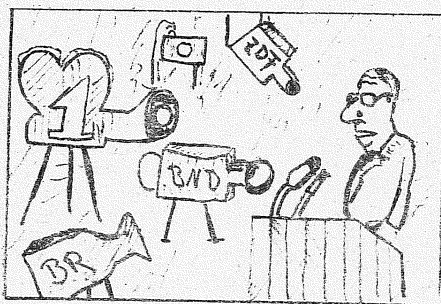
Die Begriffe Datenverarbeitung und Sicherheitsorgane, d.h. Polizei bzw. Geheimdienste, sind wohl untrennbar miteinander verbunden. Eine Polizei, die keine Datenverarbeitung betreibt, kann nicht arbeiten. Tatortspuren müssen aufgenommen werden, verdächtige Personen und Zeugen müssen befragt werden, Indizien und Beweise, die mit einer Straftat in Zusammenhang stehen, müssen mit Tatpersonen in Verbindung gebracht werden. Dazu ist eine schnelle und effiziente Datenverarbeitung (DV) unerlässlich.

Was Wunder also, daß mit der rasanten Entwicklung der Computertechnologie eine schnelle Verwirklichung der durch Rechner geschaffenen Möglichkeiten im Rahmen polizeilicher und geheimdienstlicher DV angestrebt wurde.

Entwicklung der DV bei den Sicherheitskräften

1972 wurde durch den damaligen BKA-Chef Herold die Einrichtung einer Fahndungsdatei veranlaßt, in der von der Polizei gesuchte Personen gespeichert wurden. Sie löste das früher übliche Fahndungsbuch ab, das mit seiner Unhandlichkeit schon in den 50'er Jahren Anlaß zu der Forderung war, die aufkommenden Rechner für die Polizei zu nutzen.

Damit war der Grundstock für INPOL, das Informationssystem der Polizei, gelegt. Es wurde und wird, parallel mit den Rechenanlagen, rasant ausgebaut. Bei Inbetriebnahme waren zwanzig Datenendstellen vorhanden, sechs Jahre später waren es 1200, die meisten befanden sich an den Grenzen. Von Beginn an war mindestens die zehnfache Zahl geplant¹. In gleichem Maße stieg die Zahl der in der Fahndungsdatei erfassten Personen.

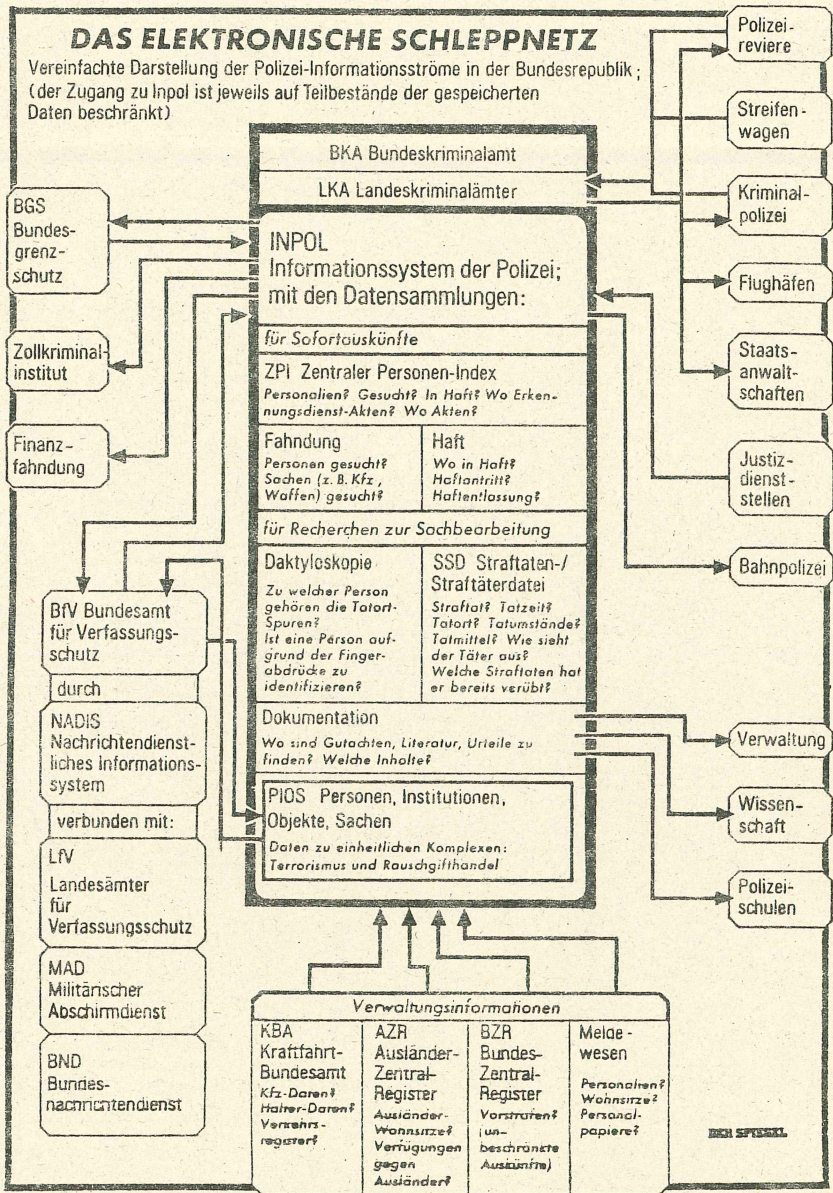


"Eine Überwachung findet nicht statt!"

1979 betrug deren Zahl bereits 200.000. Heute wird dieses Erfassungssystem durch mobile Erfassungsgaräte ergänzt, die eine Datenkontrolle und einen Datenabgleich an jedem beliebigen Ort ermöglichen.

DAS ELEKTRONISCHE SCHLEPPNETZ

Vereinfachte Darstellung der Polizei-Informationströme in der Bundesrepublik;
(der Zugang zu Inpol ist jeweils auf Teilbestände der gespeicherten Daten beschränkt)



Aufbau von INPOL

Wie aus der Grafik ersichtlich, gliedert sich INPOL in mehrere Datensammlungen, die im Laufe der Zeit dem INPOL-System hinzugefügt wurden und die Fahndungsdatei ergänzten.

-ZPI Zentraler Personenindex
Datei für Kurzauskünfte über:

- Aktennachweise
- Fahndungsnachweise
- Identifizierungsmittel

Der ZPI enthielt 1979 Daten über ca. 2 Mill. Menschen.

-Haftdatei Sie wurde 1979 eingerichtet und enthält Auskünfte aus dem Vollzugswesen.

Z.B.:

- ob Person inhaftiert
- ob bekannter Straftäter zu einer bestimmten Zeit in Haft war
- ob Strafgefangener auf Hafturlaub war.

-COD Computerunterstützte Dokumentationssystem

-Datei über die verfügbare kriminalistisch-kriminologische Literatur.

-Zugriff über Titel, Autor und Inhaltsstichwörter.

-SD System Daktyloskopie

-elektronische Fingerabdruckdatei

Derzeit sind dort Fingerabdrücke von mindestens 2,1 Mill. Menschen gespeichert, die erkennungsdienstlich behandelt worden sind.

-SSD Straftäter-/Straftatendatei

Dies ist die Datei, die die Rasterfahndung ermöglicht. Sie enthält Angaben über kriminologisch wichtige Einzelheiten im Zusammenhang mit Straftaten, wie

z.B. Opfertyp, Fluchtmittel, besondere Kennzeichen (Tätowierung, Sprachfehler...), Straftäterverhaltensweisen usw.

Diese Datei kann mehrdimensional nach nahezu beliebigen Suchkriterien ausgewertet werden. Sie dient der Polizei zur Ermittlung unbekannter Straftäter.

-PIOS Personen, Institutionen, Objekte, Straftaten

-eingrichtet zur Aufklärung von schwerstkriminellen, hier insbesondere Rauschgiftdelikte und Terrorismus.

-angelegt war PIOS zu Beginn als Fundstellennachweis, d.h. sie enthielt Zeiger auf Aktenmaterial im Zusammenhang mit obigen Delikten. 1979 waren dies über 10 Mill. Blatt Aktenmaterial.

-heute Ausbau zu einer Textdatei mit Direktzugriff auf Aktentexte.

-wie SSD ist PIOS frei rasterbar.

Gerade die Datei PIOS hat Kritiker einer rigorosen Datenerfassung und Sammelwut im Polizeiwesen auf den Plan gerufen. PIOS enthält nicht nur Daten über straffällig gewordene Personen, sondern auch Hinweise jedweder Art auf Personen, die mit Terrorismus in Zusammenhang gebracht wurden. Bei der Hysterie, die in den 70'er Jahren in Sachen Terrorbekämpfung herrschte, waren Skandale programmiert, wenn Polizeibeamte so viele Daten, wie nur irgendetwas erfassen, um den Erfolg der Auswertung von PIOS zu erhöhen. Denn: eine Datei wie PIOS arbeitet umso erfolgreicher, je vielfältiger die Daten sind, die sie umfaßt. Dementsprechend ist PIOS mit Daten gefüllt, die über Personen Auskunft geben, die aufgrund ungegründeter Verdachtsmomente oder reiner Willkür erfasst wurden.

Die folgende Anweisung, die 1977 an alle Polizeidienststellen erging, hat, wie die Realität zeigt, auch heute noch ihre Entsprechung im Handeln der Polizei:

'Personen, die als Teilnehmer an gewalttätigen Demonstrationen, Flugblattverteiler oder als Parolenschmierer angehalten werden, sind unter Nutzung strafprozeß- oder polizeirechtlicher Befugnisse erkennungsdienstlich zu behandeln. Die Vorlage von Personalpapieren wird bei diesem Personenkreis in der Regel nicht als ausreichende Legitimation anzusehen sein, weil von der Verwendung ver- oder gefälschter Personalpapiere ausgegangen werden muß.'

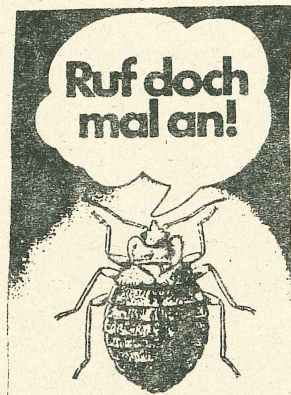
Wieviele "Nichtstörer" wurden durch solche Anweisungen elektronisch erfaßt und sind es noch? Denn die Nichtbeweisbarkeit eines Verdachtmomentes hat nicht augenblicklich die Lösung von Daten zur Folge. Dies würde der Funktionsweise von PIOS widersprechen (s.o.).

Selbst Befürworter der Anwendung dieser Datei sollte es bedenklich stimmen, daß die Anwendung von PIOS und anderen ähnlich aufgebauten Dateien seit ihrer Einführung auf einer sehr wackeligen rechtlichen Grundlage stand und diese ihr durch das Volkszählungsurteil (VZGU) auch noch entzogen und bis heute nicht ersetzt wurde.

Das zweite große Informationssystem im Sicherheitsdienstwesen ist das NADIS, das nachrichtendienstliche Informationssystem. Sein Aufbau begann im Jahre 1969 mit einer Anweisung des damaligen Innenministers Hans-Dietrich Genscher, für Polizei und Geheimdienste ein gemeinsames Computerisierungsprogramm zu entwickeln. Das NADIS steht unter strengster Geheimhaltung. Es ist zwar zu erfahren, wer Zugriff

auf NADIS hat: das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), die elf Landesämter für Verfassungsschutz (LfV), der BND, der MAD und die Staatsschutzabteilung des BKA's. Über Struktur, Kosten und Größe von NADIS ist offiziell aber ebensowenig zu erfahren, wie über den Personenkreis, der in NADIS gespeichert ist. Man kann jedoch davon ausgehen, daß das NADIS dem INFOL in der Größe in nichts nachsteht und seiner Struktur der des PIOS sehr nahe kommt.⁴

Daß der Verfassungsschutz derzeit aufgrund generalklauselartiger Verfügen agiert und für die Handlungen des BND's und des MAD's jede gesetzliche Regelung fehlt, führt zu weiteren Problemen. So äußerte sich der ehemalige Bundesbeauftragte für Datenschutz Bull wie folgt:



"Bestrebungen' im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes können hinter unzähligen 'harmlosen' sozialen Verhaltensweisen, wie dem Besuch beliebiger Versammlungen und Reisen zu beliebigen Zielen vermutet werden; Informationen über solche nicht nur rechtmäßig, sondern sogar grundrechtlich geschützten Handlungsweisen können also für Verfassungsschutzbehörden zumindest theoretisch ebenso interessant sein wie die Nachricht über ein konspiratives Treffen zweier ausländischer Spione." Und weiter: "Ungenau oder fehlende gesetzliche Aufgabenbestimmung fördert die Tendenz zur Ausweitung der Datenspeicherung."



In der Struktur von INPOL und NADIS liegt die Möglichkeit, binnen kurzem eine politische Vollkontrolle unseres Volkes zu erreichen. Ich weigere mich zu glauben, daß die Mehrheit unserer Politiker dieses Ziel vor Augen hat. Ebenso wenig glaube ich, daß INPOL und NADIS zu diesem Zwecke eingerichtet wurden.

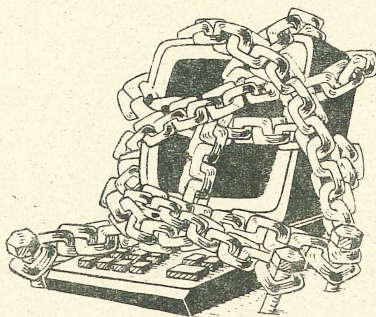
Aber die Vergangenheit zeigt in dieser Sache eine Eigendynamik auf, die m.E. gerade auf die Totalüberwachung hinausläuft. Die Verquickung von Sachzwängen und Möglichkeiten der DV führt zu einer immer ausgeweiteteren Nutzung der elektronischen Datenerfassung.

Dieser Entwicklung muß ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben werden, auch wenn Polizei und Verfassungsschutz dann über eine Erschwerung ihrer Arbeit klagen.

Nun ist es ja nicht so, als wenn Kritiker hier nur Utopien aufbauen, deren Verwirklichung sie vermeiden wollen. Die Datenerfassung durch die Polizei hat schon heute eine ganz andere Qualität, als noch vor fünf oder sechs Jahren. Die Fähigkeiten Unmengen von Daten in kürzester Zeit zu bearbeiten, zudem noch ohne großen räumlichen Aufwand, ließ wie natürlich die Frage aufkommen, warum denn nur Störer, so der juristische Fachbegriff, erfaßt werden und nicht gleich auch Nichtstörer, auch gern als "unbescholtener Bürger" bezeichnet.

Man sah die Möglichkeit, auf Seiten der Polizei die Möglichkeit, mit elektronischen Mitteln Verbrechen nicht nur aufzuklären, sondern sie von vornherein zu verhindern, da potentielle Straftäter

bei entsprechender DV-Nutzung relativ leicht überwacht werden können. Die Aufgabe der Polizei verschiebt sich dadurch, weg von der Bekämpfung, hin zur Prävention von Verbrechen. Dieser schönen, neuen Welt ohne Verbrechen steht diametral eine andere Vision gegenüber, die durch solche Bemühungen hervorgerufen wird: der Überwachungsstaat.



Und wahrhaftig muß man sich fragen, wer denn ein potentieller Täter sei. Schon straffällig gewordenen Menschen, Menschen, die dem Staat auf unliebsame Weise auffallen, wie z.B. seine Kritiker oder provokativ gefragt gar der/die Steuerzahler/-in? Wer Steuern zahlt, kann diese schließlich auch hinterziehen. Man kommt zu dem Schluß, der in Kriminalromanen so oft gezogen wird: verdächtig ist erst einmal jede/r.

Und in der Tat gab es in der Vergangenheit Begebenheiten, die den Kritikern rechtgeben und auch heute noch bedenklich stimmen.

Sammelwut

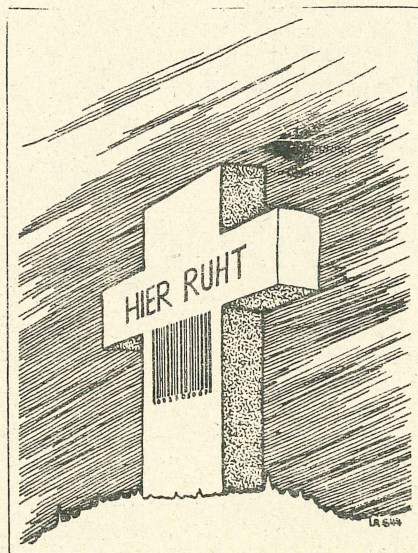
Da äußerte ein Düsseldorfer Kriminalist den Wunsch, den Fingerabdruck im SD für jede/n Bürger/-in zur Pflicht zu machen und der Polizei Zugriff auf Daten aus den Gesundheitswesen zu erlauben. Ein Wunsch, der auch von Personen als unerfüllbar zurückgewiesen werden muß, die einen Mißbrauch solcher Daten für unmöglich halten.

Nichtsdestotrotz bemühte sich die Polizei in den 70'er Jahren redlich ihren Datenbestand zu komplettieren.

In Berlin fotokopierten Beamte die Personalausweise aller Gerichtsbesucher, die als Zuhörer an Terroristenprozessen teilnahmen und notierten aus diesem Anlaß bei polizeilichen Verkehrskontrollen Namen, Geburtsdaten und Ausweisnr. sämtlicher angehaltenen Autofahrer und deren Beifahrer. In NRW wurden Zugriffe des Verfassungsschutzes auf Melderegister einzelner Orte und Bezirke bekannt.

Es ist müßig, hier noch mehr Skandale aufzuführen, um zu illustrieren, mit welcher Energie an der Aufstockung der Dateien gearbeitet wurde. Es wird heute wahrscheinlich nicht anders sein.¹⁷

Von den Kritikern einer solch rigorosen DV im Polizeisystem wurden Gestze gefordert, die ei-



ne solche DV reglementieren und kontrollierbar machen, die den Bürger vor Mißbrauch seiner Daten schützen und die einer allgegenwärtigen Erfassungsmaschinerie den Riegel vorschieben.

Diese Forderungen sind fast so alt wie die elektronische DV selbst. Daß es auch heute noch keine solchen Gesetze gibt, verwundert mich nur wenig.

Zu groß ist das Interesse des Staates an Informationen über seine Bürger, als daß er diese Selbstbeschneidung freiwillig vornähme. Der Erfolg der EDV bei der Verbrechensbekämpfung, insbesondere des Terrorismus, reichte aus, um Kritik an den Praktiken der Polizei zurückzuweisen.

Erst durch das Verfassungsurteil vom 15.12.83 wurde die Legislative verbindlich aufgefordert, die Frage des Datenschutzes zu klären und die Bedürfnisse des Bürgers dabei als Ausgangspunkt zu nehmen.

Volkszählungsgesetz

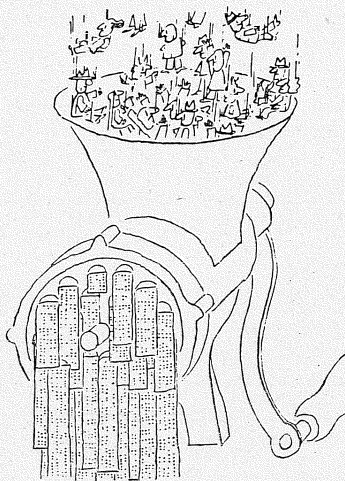
Am 15.12.83 fällte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Urteil, das als Volkszählungsurteil (VZGU) ein Begriff wurde, der aus heutigen Datenschutzbenühungen nicht wegzudenken ist und Grundlage aller gesetzlichen Novellen in dieser Hinsicht sein sollte.

Wie der Name schon andeutet, wurde es durch die damalige Debatte um die damals kurz bevorstehende Volkszählung hervorgehoben. Es befaßt sich aber mit grundlegenden Fragen des Datenschutzes, die ich hier kurz umreißen möchte.

Das erste, was der Legislative durch das VZGU auferlegt wurde, war das *Gebot der Normenklarheit*, das für alle Phasen der DV gelten soll, unabhängig davon, ob die Datenspeicherung mit Hilfe von Computern erfolgt.

Dieses Gebot besagt, daß jede/r abstrakt aus dem Gesetz entnehmen können muß, "wer was wann bei welcher Gelegenheit"⁶

über ihn/sie wissen kann. Das heißt, daß schon der Gesetzestext selbst die für den/die Bürger/in wichtigen Informationen enthalten muß.



Desweiteren beinhaltet das Urteil die Herausstellung des *Prinzips der informationellen Gewaltenteilung* und damit verbunden den Grundsatz der *Zweckbindung von Datenerhebungen*. Damit folgt, daß Datenverbünde und Datenaustausch zwischen Behörden, die verschiedene Aufgaben bewältigen, nicht die Regel sein sollen.

Die letzte Forderung des VZGU ist es, die DV dort "bereichsspezifisch, präzise und amtshilfefest" zu regeln, wo es um zwangsweise oder heimliche Datengewinnung geht. Dieser Punkt trifft insbesondere und natürlich das gesamte Sicherheitswesen und damit die Tätigkeit von Polizei und Nachrichtenwesen, aber auch das gesamte Meldewesen (Stichwort: Volkszählung).

Gerade in diesen Punkten krankt es besonders, denn sonst wäre das VZGU vielleicht nicht nötig gewesen.

Das BVerfG leitet diese Grundsätze im wesentlichen aus den Grundgesetzartikeln 1 und 2 ab, da die dort verankerten Rechte auf Menschenwürde und persönliche Freiheit ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung beinhalten würden.

Diese Forderungen sind nicht erst durch das BVerfG erfunden worden, sondern sie sind schon viel länger bekannt und auch immer wieder gestellt worden, was nicht verwunderlich ist, wenn man sich die von mir bereits erwähnte Tatsache ins Gedächtnis ruft, daß z.B. der BND ohne Rechtsgrundlage arbeitet. Das ist etwas, daß meinem Rechtsbewußtsein derart zuwider läuft, daß ich es garnicht oft genug erwähnen kann.

Darüber hinaus beinhaltet das VZGU noch zwei Aspekte, die aus der informationellen Selbstbestimmung gezogen werden:

a) die Notwendigkeit der Kontrolle der personenbezogenen DV

durch unabhängige Datenschutzbeauftragte.

b) die Pflicht zur Transparenz und damit zur Auskunft an den/die Bürger/in ohne Möglichkeit genereller oder pauschaler Auskunftsverweigerung. Gründe der öffentlichen Sicherheit dürfen der Pflicht zur Auskunft nur vorübergehend -bis zum Wegfall der Zweckgefährdung- entgegen stehen.?

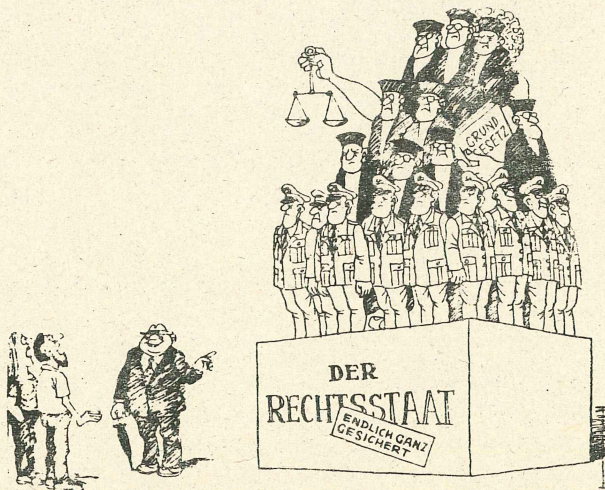
Soweit also das VZGU.

Die Sicherheitsgesetzte

Es lag nun an der Legislative, diese Forderungen, aus dem GG abgeleitet, in die Tat, sprich gesetzlich, umzusetzen.

Dies soll durch die Entwürfe über die sog. Sicherheits- und Datenschutzgesetze geschehen. Es handelt sich dabei um ein Paket von Gesetzesnovellierungen und -entwürfen:

- Personalausweis- und Paßgesetz
- Änderungsentwürfe zum Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
- zum Bundesverfassungsschutz G zur StVO
- MAD-Gesetz
- Zusammenarbeitsgesetz (ZAG)



Vom BT verabschiedet wurde bis jetzt die Änderung zum Personalausweis- und Paß G in Verbindung mit der Einführung des §163d StPO, über den ich im folgenden am ausführlichsten berichten werde.

Die Inhalte der anderen seien kurz umrissen:¹⁰

Das BDSG soll den Bedürfnissen des VZGU angepaßt werden.

Mit den Gesetzen zum Verfassungsschutz und zum MAD sollen deren Arbeitsweisen gesetzlich fixiert werden. Insbesondere mit dem Entwurf zum MAD-Gesetz wird dabei juristisches Neuland betreten, was sicher auch eine Menge formaljuristischer Probleme mit sich bringt. Die Kritik, die bisher an den Gesetzen geübt wurde, läuft vor allem darauf hinaus, daß es den Anschein habe, als wollten die Entwürfe die bisherigen Methoden der Nachrichtendienste legalisieren, die an sich schon sehr umstritten sind.¹¹

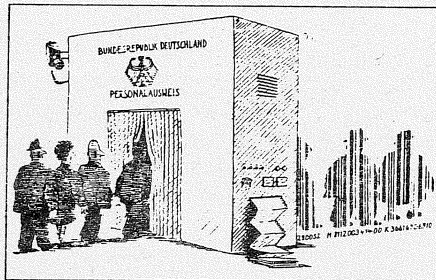
In der Straßenverkehrsordnung soll die rechtliche Grundlage für ein Informationssystem geschaffen werden, daß in weiten Teilen bereits (!!) in Betrieb ist: das ZEVIS, das es der Polizei ermöglicht, On-line-Anfragen an das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg und die kommunalen Zulassungsstellen zu stellen, die Halter- und Fahrerlaubnisdaten umfassen, aber auch personenbezogene Daten beinhalten können. Kritik: s. VZGU Zweckbindung und Gewaltenteilung

ZAG: Zusammenarbeitsgesetz zur informationellen Zusammenarbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes. Etwas weniger pompös: Regelung des Datenaustausches zwischen Polizei und Nachrichtendiensten. Höchst umstritten! Stichworte: VZGU, Geheimpolizei.¹²

Die Schleppnetzfahndung

Nach langen Verhandlungen und Diskussionen ist dieses Jahr das neue Personalausweis- u. Paßgesetz durch den BT beschlossen worden, das die Einführung eines maschinenlesbarer Personalausweis ermöglichen soll.

Jenes lag u.a. daran, daß es nicht genügt zu sagen, der Personalausweis kann maschinenlesbar sein, sondern es muß auch festgelegt werden, zu welchen Zwecken die Maschinenlesbarkeit benutzt werden darf.



Maschinenlesbar und fälschungssicher

War dies in den ersten Entwürfen aus den 70'er Jahren noch direkt im Personalausweis- u. Paßgesetz geregelt, so ist im jetzigen Entwurf der Satz zu finden: "Personenbezogene Daten dürfen, soweit gesetzlich nicht anders bestimmt ist, beim automatischen Lesen des Personalausweis nicht in Dateien gespeichert werden;...".

Dieser Satz trägt in sich die Konsequenz, daß zumindest in der Strafprozeßordnung (StPO) in den elf Landespolizeigesetzen und

ggf. auch im Bundespolizeigesetz gesetzliche Regelungen getroffen werden müssen, da hier die DV im Zusammenhang mit Personenkontrollen geregelt ist.

Die Fachleute streiten sich, ob nicht diese Vielschichtigkeit allein schon gegen das Prinzip der Normenklarheit verstößt.

Der maschinenlesbare Personalausweis würde dadurch auch eine viel schwerfälligere gesetzliche Grundlage haben, in dem Sinne, daß sich Änderungen im Personalausweis- u. Paßgesetz ebenfalls wieder in den erwähnten Gesetzen niederschlagen müssten.

Für die StPO wurde der Änderungsvorschlag seitens der Regierungskoalition gleich mitgeliefert. Dabei handelt es sich um den §163d StPO, den Schleppnetzparagrafen.



Dort ist festgelegt, daß personenbezogene Daten dann weiterverarbeitet werden dürfen, wenn sie bei Kontrollen im Sinne des §111 anfallen. Der §111 nennt dabei eine Reihe von Straftaten, die unter das Stichwort Schwerstkriminalität fallen, das im wesentlichen Terrorismus-, Waffen- und Rauschgiftkriminalität umfaßt.

Dabei spricht der §163d von Datenerfassung ganz allgemein und nicht nur im Zusammenhang mit einem maschinenlesbarer PA, was faktisch bedeutet hätte, daß diese Maßnahmen fast nur bei Grenzkontrollen anwendbar wären. dies und die Losgelöstheit vom Personalausweis- u. Paßgesetz könnte den §163d zu einer Basis für eine Massendatenverarbeitung machen, vor der der Bundesbeauftragte für Datenschutz schon 1984 gewarnt hat.¹³

Dies liegt darin begründet, daß im §163d die Möglichkeit gegeben ist, Daten jedweder Art zu speichern, die zur Straftataufklärung relevant sein können, ohne daß dieser Begriff näher spezifiziert wird.¹³ Damit können solche Kontrollen zu weit mehr als nur der Identitätsfeststellung dienen.

War es bisher so, daß Daten von Personen, die nicht tatverdächtig waren und auch nicht für die Aufklärung in Anspruch genommen wurden, unverzüglich zu löschen sind, so schafft der §163d die Möglichkeit, alle Daten bis zu neun Monaten zu speichern und zu bearbeiten.¹⁴

Zudem bietet der §163d die Möglichkeit, Daten, die bei einer Maßnahme in seinem Sinne erhoben werden, nach beliebigen Kriterien zu untersuchen, um Aufschluß über andere Straftaten gewinnen zu können.

Dies und die für das Computerzeitalter lange Zeit von neun Monaten begründeten Namen "Schleppnetzparagraf" und die Aussage, der §163d sei Grundlage für Massendatenverarbeitung.¹⁵ Es treten dabei



sofort wieder die Forderungen des VZGU zu Tage, denen der §163d in seiner jetzigen Form offensichtlich nicht genügt.

Hinzukommt, daß dieser Paragraph natürlich nicht die Grundfragen der Datenverarbeitung im Polizeiwesen anspricht. Diese Probleme müssen, wenn überhaupt, ganzheitlich und nicht im Spezialfall gelöst werden. Insofern wird auch der Begriff Datei nicht näher spezifiziert. Es entstehen daher "fantastische" Möglichkeiten der Speicherung (s. Abschnitt 1). Woher soll ich da wissen, wer was wann zu welchem Zweck über mich weiß?

Dabei wird in Abs. 5 ausdrücklich betont, daß von den durchgeführten Maßnahmen nur "...Personen, gegen die nach Auswertung der Daten weiterführende Ermittlungen geführt worden sind, zu benachrichtigen;..." sind.

Jeder rechtschaffende Mensch wird also nie erfahren, was mit seinen Daten geschieht, hat er sie erst einmal zu Protokoll gegeben. Wo bleibt da die informationelle Selbstbestimmung.

Es ist zu hoffen, daß eine Bestimmung wie der §163d, der ja noch vom Bundesrat ratifiziert werden muß, nicht in Kraft tritt, ohne daß dies mit einer Gesamtregelung der DV für Zwecke der Strafverfolgung einhergeht,

denn ohne Unterbau ist dieses Gesetz nicht in der Lage die Probleme der polizeilichen DV zu lösen und führt im Gegensatz zu neuen, evtl. noch größeren Problemen.

Inwieweit ein Gesetz wie der §163d überhaupt sinnvoll ist, soll hier nicht dargelegt werden, obwohl sich diese Frage zwangsläufig ergibt und extrem diskussionswürdig ist.

Es bleibt mir nur noch, einige Schlußfolgerungen aus dem vorher Gesagtem zu ziehen.

Vieles muß unerwähnt bleiben, da ich als Informatikstudent gar nicht die Zeit habe, mich so intensiv mit dieser Materie auseinanderzusetzen, wie sie es verlangte und weil viele Informationen zu diesem Thema für mich im Moment oder überhaupt nicht zugänglich sind.

Ich hoffe, der Überblick, den ich gab, war trotzdem reichhaltig genug, um einen Einblick in die Problematik zu gewinnen und vielleicht auch das Interesse, sich selbständig damit zu befassen und das Wissen zu vertiefen. Es sei dafür auf die Literaturhinweise verwiesen.

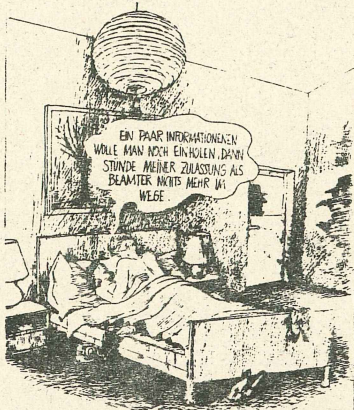
Es wichtig, daß man sich aktiv mit den Problemen des Datenschutzes auseinandersetzt, denn nur so ist es möglich, die Gefahren zu erkennen, die in der DV stecken.

Der Datenschutz, den wir heute haben, ist nicht ausreichend, um die Interessen des/r Bürger/in zu wahren.

Dem Volkszählungsgesetz ist bis heute noch nicht Rechnung getragen worden.

Die Gesetzentwürfe zu den Sicherheitsgesetzen machen den Eindruck, alte Verfahrensweisen legalisieren zu wollen, die bisher in einer rechtlichen Grauzone abgewickelt wurden. Ich erkenne nirgends den Versuch, das VZGU in die Tat umzusetzen.

Die Art und Weise, wie unsere Sicherheitsdienste ermächtigt werden, Daten zu verarbeiten, birgt die Möglichkeit einer Spiralbewegung in sich, die auf die Totalüberwachung zuläuft.



Ich sage hier bewußt "Möglichkeit", denn wer den Überwachungsstaat beschört, der läuft Gefahr, ihn herbeizureden.

Eine bewußte Kritik kann eine solche Spirale verhindern. Dafür ist es wichtig, diese Kritik nicht sofort in die linke Ecke zu schieben, was leider immer noch geschieht und sehr oft dazu führt, daß die Gegenargumente nicht mehr sachlich, sondern ideologisch sind.

Eine Demokratie lebt von der Meinungsvielfalt, sie ist nur durch Meinungsvielfalt zu erhalten und dies beinhaltet, daß auch staatskritische Meinungen geäußert werden können, ohne daß für den/die Einzelne/n daraus ein direkter oder indirekter Nachteil entsteht.

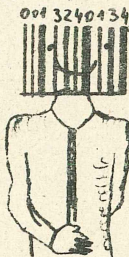
Es ist wichtig zu realisieren, daß dies auch für Menschen von Bedeutung ist, deren politische Meinung davon differiert. "Unbescholten" darf nicht mit staatshörig gleichgesetzt werden.

Diese Gleichsetzung fürchte ich und die Entwicklung der Datenschutzgesetze und der Gesetze für Polizei und Nachrichtendienste sollte in die Richtung der Verhinderung dieser Gleichsetzung laufen. Das tun sie heute nicht.

Der Glaube an eine stattfindende Überwachung, sei er berechtigt oder nicht, und die daraus resultierende Angst vor materiellen Konsequenzen führen zu einer Veränderung des Bewußtseins und des Verhaltens der Mitglieder eines Staates, die zu einer Vereinheitlichung der geäußerten Meinungen führt, in der Weise das von "Oben" kommende Meinungen kritiklos übernommen werden. Leider muß ich immer wieder feststellen, daß wir seit langem schon auf diesem Weg sind.

Es gibt ein interessantes Zitat von Willi Birkelbach, hessischer Ex-Staatssekretär und erster Datenschutzbeauftragte, der 1974 mahnte:

"Das Stahlnetz stülpt sich über



"1994, Nach Jahrzehnte langen Protesten wurde das maschinelle base PA endlich abgeschafft"

uns. Den Anfang würde die Lähmung der Basisaktivitäten im politischen Raum machen, ausgelöst von der Furcht des Bürgers, unkontrollierbaren Mächten ausgeliefert zu sein" Wenn nicht der Geheimschleier von den Strukturen der staatlichen DV gezerzt werde, könnten, so Birkelbach damals, die Computer der Sicherheitsbehörden -was auch immer sie speichernmenschliches Handeln ebenso beeinflussen wie die unablässig kreisende Kamera im Supermarkt, von der niemand weiß, ob sie blind ist oder nicht: Sie wirkt, so oder so, verhaltensändernd.

Das war vor zwölf (12) Jahren. Es wird Zeit, daß diese Mahnung ernst genommen wird, denn sonst sind wir auf dem besten Weg, uns unsere persönliche Kontrollkamera zu installieren.



Quellennachweise*

1-Boelsche, Der Weg in den Überwachungsstaat, Hamburg 79 S. 17f
 2-ebda S.25f
 3-ebda S.26ff
 4-näheres dazu ebda Kap. 3
 5-z.B. Boelsche
 Hardmann, Überwachung total: der neue Personalausweis, Göttingen 83
 Koch, Bürgerhandbuch Datenschutz, Hamburg
 6-BVerfG E 65,1,43
 7-BVerfG E65,1,61,69
 8-vergl. Riegel, RiA, 121ff
 9-aus Computer und Recht (CuR)
 3/1985 s.168, s.a. BVerfG E65,1, 70f
 Hierzu auch VG Wiesbaden(Urteil)
 24.1.84 Auskunftsverweigerung wegen BDSG §13 Abs.2 - Verfassungsmäßigkeit und Auslegung, besprochen in Datenverarbeitung u. Recht Band 14/85 Heft 1/2 S. 147ff

10-Die Entwürfe sind einsichtig als BT-Drucksache 10/4737 u. 10/4738, leider noch nicht in der Uni-Bibliothek verfügbar.
 11-s. hierzu Erklärung des BfD und des hess. LfD vom 23.1.86, sowie SPIEGEL 7/86, Titel und Memorandum der HU zu den Entwürfen, Auszüge in SPIEGEL 2/86
 12-Ausführungen bewußt kurzgehalten, da ZAG mindestens ein eigenes Output wert wäre.
 Näheres s. FN (9), FN(10)
 13-§163d Abs.1
 14-Maßnahmen nach §163d sind auf 3 Mon. befristet, können jedoch einmalig um 3 Mon. verlängert werden. Nach abschiuß der Maßnahme ist eine frist von 3 Mon. gesetzt, um die Daten zu löschen
 15-Riegel, CuR 3/86

+ Diese Fußnoten sollen meinem Elaborat nich den gewissen wissenschaftlichen Anstrich verleihen, sondern es interesseten oder ungläubigen Seelen ermöglichen, die gemachten Aussagen zu vertiefen oder zu verifizieren.

DAS FRAUENREFERAT

Bestimmt stellen sich viele Studentinnen, die zum ersten Mal etwas vom Frauenreferat hören, diese Frage. Bis vor kurzem ging es mir ähnlich. Ich wußte zwar, daß es ein Frauenreferat an der Uni gibt, aber so ganz klar war mir nicht, wie und was diese Frauen erarbeiten, und wie und wann das Frauenreferat entstand. Kurz also ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des Frauenreferats:

An der Universität Erlangen existieren seit dem WS 83/84 Frauengruppen an den verschiedenen Fachbereichen. Die Notwendigkeit, auch uniweite Frauenpolitik zu machen, Fraueninteressen durchzusetzen, führte im WS 84/85 zur Gründung eines Frauenreferats, der die uniweite Koordination der einzelnen Frauengruppen ermöglichen sollte. Doch dieses fast reine Koordinationsgremium reichte bald nicht mehr aus, es wurde eine Frauenvollversammlung durchgeführt, und ein Frauenreferat auf der Grundlage eines Arbeitsplans bestätigt.

Das Frauenreferat ist der Frauenvollversammlung gegenüber rechenschaftspflichtig.

Meist waren in den Frauenreferaten zwischen 7 - 10 Frauen, die auch in anderen Frauengruppen mitarbeiteten, wie z.B.: In der Phil-Fak-Frauengruppe, in der Jura-Frauengruppe, in der Kindertagesstättengruppe, in der Frauenringvorlesungsgruppe, in der Tech-Fak-Frauengruppe, in der Lesben-Gruppe oder bei der Uni-Hexe.

Im SS 1986 sind wir 7 Frauen, 5 "Neue" und 2 aus dem vorherigen Referat. Wir treffen uns 2x in der Woche im Frauenzimmer des Sprecherrats (Turnstraße 7) um verschiedene Themen zu diskutieren, Aktionen zu organisieren, aber auch um viel Spaß miteinander zu haben. Montag abend ab 19 Uhr - ∞ (endet meist in irgendeiner Kneipe) geht es um inhaltliche Themen und Mittwochs von 12⁰⁰ - 14⁰⁰ erledigen wir organisatorische Dinge.

Am Anfang des Semesters haben wir uns überlegt, über welche Themen wir diskutieren wollen und welche Aktionen wir vorbereiten wollen.

Daraus entstand der vorläufige Arbeitsplan, den wir auf der VV besprechen und den ich euch kurz vorstellen möchte:

- Im Mai ging es hauptsächlich um die inhaltliche wie organisatorische Vorbereitung der 6.VV und um den VDS-Kongress (Vereinigte Deutsche Studentenschaft).
- Im Juni werden wir am 9. über "Gewalt gegen Frauen" am 16. über "Utopien", d.h. wie wir uns eine frauenfreundlichere Uni vorstellen, am 30. über "Lesben", ein sehr wichtiges Thema, das leider auch heute noch zu sehr unter den Teppich gekehrt wird, diskutieren.
- Anfang Juli d.h.

am 7. wollen wir ein Frauengruppen-
treffen organisieren, zu dem
wir alle Frauengruppen und
alle Frauen, die sich dafür
interessieren, einladen, und
uns

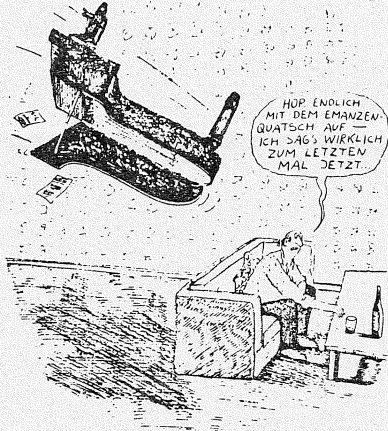
am 14. über den "§ 218" und
am 21. über "Quotierung" unterhalten.

Alle Frauen, die sich für das eine
oder andere Thema interessieren,
die gerne mitdiskutieren wollen, sind
herzlich eingeladen. Schaut doch
einfach mal vorbei und schwätzt mit.
Wir freuen uns über jede neue Frau.
An Aktionen haben wir, außer dem
Frauengruppentreff noch folgendes
geplant:

* Für den VDS-Kongreß, der am
20.-22. Juni in Bochum stattfinden
wird, haben wir vor einen Infotisch
zu machen und Flugblätter zu verteilen,
um dadurch möglichst viele Frauen
zu informieren.

* Außerdem werde ich am Ende des
Semesters uns Gedanken zum Erst-
Semesterinnen-Fest, das Anfang des
Wintersemesters stattfinden soll, machen.

* Last not Least wollen wir ein "Tribunal"
über Frauenfeindliche Prof's und
Dozenten" veranstalten, auf dem wir



den "Frauenfeindlichsten" auserwählen werden. Dazu brauchen wir allerdings eure Unterstützung. Es wäre toll, wenn ihr frauenfeindliche Sprüche von Profs aufschreibt und sie entweder in den Briefkasten am lila Brett in der Mensa werft oder sie uns vorbeibringt.

Sibylle

HILFE



NEU: Schwulenreferat in Erlangen

Am Donnerstag, den 5. Juni, traf sich zum ersten Mal eine Reihe von Schwulen um eine Schwulengruppe an der Universität Erlangen zu gründen. Sie wird als "Schwulenreferat" dem Sprecherrat der Uni organisatorisch angehören.

Geplant ist zunächst ein breiter Informationsaustausch innerhalb der Gruppe über unsere Erfahrungen und Probleme. Erst später ist an Öffentlichkeitsarbeit wie z. B. Diskussionsabende oder Flugblätter gedacht. Die Treffen finden ab sofort jeden Donnerstag um 18h s.t. im Medizinerzimmer des Sprecherrats in der Turnstr.7 (nähe Loschgeschule) statt.

Alle Schwulen und nichtschwulen Neugierigen sind herzlich willkommen, wir kümmern uns auch um persönliche Sorgen.

Dafür gibt es übrigens auch das Rosa-Hilfe-Telefon (0911 / 332010), mittwochs von 19 - 22 h Beratung für Schwule, ihre Freunde und Eltern. In Erlangen findet außerdem einmal monatlich die E-Werk-MännerDisco statt, für nichtschwule und schwule Männer (z.B. am 8. Juli).

Also: auf bald im Sprecherrat !!!

Steffen
Bretzke

DIE RÄTSEL - ECKE

Heute ein paar echte Informatiker-Rätsel mit Zahlen zum Rechnen.

1.) An Stelle der Fragezeichen sollen die passenden Ziffern eingesetzt werden. Bei dem Quotienten stehen vier Ziffern hinter dem Komma. Die Division geht - wie auch die folgenden - ohne Rest auf.

$$\begin{array}{r}
 ?????? : ??? = ????,???? \\
 \begin{array}{r}
 ??? \\
 ??? \\
 \hline
 ??? \\
 ??? \\
 \hline
 ??? \\
 ??? \\
 \hline
 ??? \\
 ??? \\
 \hline
 0
 \end{array}
 \end{array}$$

2) Nun gilt: Für gleiche Buchstaben stehen gleiche Ziffern

2) Nun gilt: gleiche Buchstaben stehen für gleiche Ziffern, verschiedene Buchstaben stehen für verschiedene Ziffern. Fragezeichen dürfen wieder beliebig ersetzt werden.

a) $\frac{SAGE * 7}{RATET}$

b) $\frac{FRUST : UND = DU}{\frac{FETT}{\frac{SET}{SET}}}$

c) $\frac{SEIN}{-EINS}$
NIES

d) $\frac{TUT * TUT}{\frac{????}{?SOS}}$
SCHADE

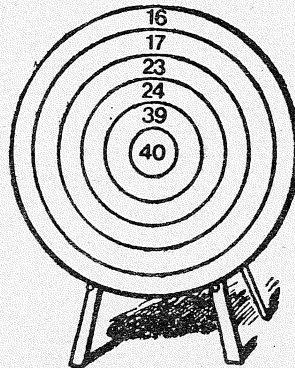
e) $\frac{??? * 3??}{5??}$
?4?
??3
?????

In dieser Aufgabe kommt keine 7 vor!

f) $\frac{6?? * ???}{?5?5}$
????
???

g) $\frac{ELEVEN}{-THREE}$
EIGHT

3) Wieviele Pfeile braucht man, um auf der Zielscheibe genau 100 Ringe zu erreichen ?



Auflösungen aus dem letzten OUTPUT

Die Nachricht in dem Brief lautete: "Lieber Leser, es ist geschafft." Die Buchstaben R,S,I,F,G wurden dabei ausgelassen.

Da jeder Stern einem Quadrat entspricht und jeder Kreis einem Rechteck, lautet die Lösung: drei Quadrate und ein Rechteck.

Darauf haben alle gewartet



F.I.T. - oder die Kunst, sich mit fremden Federn zu schmücken ... (Teil 2)

Es ist fast alles gesagt, was zu sagen wäre. Wenn nicht ... Es gibt sie also immer noch. Dabei habe ich sie nicht vermisst.

Ich habe noch nicht einmal ihr Fehlen gemerkt. Aber nun sind sie wieder da (toll, was?). Gerade rechtzeitig, um noch vor den Wahlen ihre Plakate zu malen und zu kleben.

Dabei frage ich mich, woher stammt da wohl das Geld?

Bei diversen linken Organisationen wäre das ja keine Frage - die hätten das Geld sicher aus Boskau oder aus Berlin (Ost). Aber woher bezieht eine studentische Gruppe, die sich als unabhängig bezeichnet nur das Geld. Irgendetwas müssen wir in der PSI wohl falsch machen, denn wir haben kein Geld, mit mehrfarbigen Druck-Roklame für unsere Bücherbörse zu machen (die übrigens permanent arbeitet und nicht nur vor den Wahlen).

Auch haben wir kein Geld, um Freibier zu verteilen (und Studienpläne?).

Wir können nur uns einbringen, und kontinuierlich arbeiten, dies ist aber wohl mehr wert als eine Bücherbörse im Jahr.

Ich versuche nun den ganzen Tag, etwas positives zu sagen über den F.I.T. Aber was bleibt?

Ich weiß nun, das der FIT in eine Familie gehört: Vater heißt RCDS, Großvater CDU, Großmutter CSU und einen Bruder gibt es da auch noch: heißt Medicus und gehört zur Medizin. Und ich höre schon demotivierende Stimmen. Nein, wird es heißen, wir haben mit dem RCDS nichts zu tun wir sind Freie. Ich frage mich nun, wie frei sie sind, mit Postanschrift Adenauerhaus.

(Hier sei dem werten Leser mitgeteilt, daß der Trick an anderen Uni's auch nicht klappt !)

Es ist fast alles gesagt, was zu sagen wäre. Wenn nicht ... Tja, wenn es den RCDS nicht noch immer gäbe.

(Ich bin es leid, immer FIT zu schreiben, es weiß eh ein jeder, wer ich meine !) Nichts gegen den RCDS, aber warum meldet er sich immer nur zu Wahlzeiten mit relevanten Themen und verbringt den Rest damit, sich von MdB's sagen zu lassen, daß alles nur halb so schlimm sei ?

Ich bin seid längerer Zeit nun bei der FWI, und es hat sich noch nicht einmal ein kleiner RCDS'ler bei uns blicken lassen, um mit uns an den miserablen Studienbedingungen zu süßen.

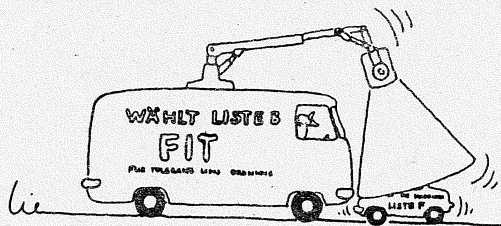
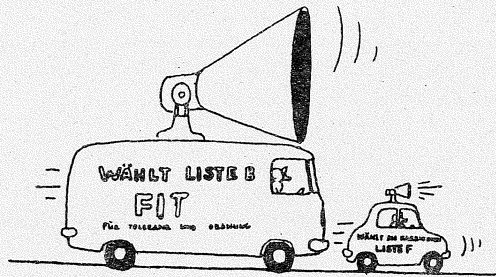
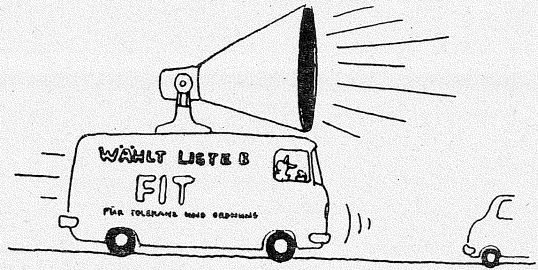
Nichts gegen Birnen, aber warum die Kerne unterstützen.

Ich fänd es toll, wenn die Damen und Herren da blieben, wo sie hingehören :

Im Adenauerhaus !

P.S. Dies ist die persönliche Meinung, die journalistisch auch Kommentar genannt wird.

d. G.



SPICKZETTEL



VERANSTALTUNGEN

Marlis Bruns (Berlin)
„Zur Situation von Informatikerinnen
in Studium, Beruf und im familiären
Bereich“
3. Juli 86 um 16⁰⁰ Uhr
Veranstalter: TECH-FAK-FRAUENGRUPPE und
FSI INFORMATIK

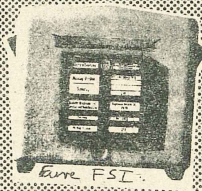
→ 4. Juli 19⁰⁰ c.t. Uni-Friedensfest

Im INFORMATIK-KOLLOQUIUM am
21. Juli 86 referiert Frau Landwehr über
„Computer – ein selbstgeschaffenes Feind-
bild für Frauen und Mädchen?“
Wä immer um 16⁰⁰ Uhr, H4

WER WILL GELD?

Wir möchten diejenigen, die vor langer Zeit
mal Lehrbücher in unserer Bücherbörse
abgegeben haben, bitten, doch mal bei Gelegen-
heit im FSI-Zimmer vorbeizuschauen und
sofs. Ihr Geld abzuholen! Es stapelt sich!

Eure FSI

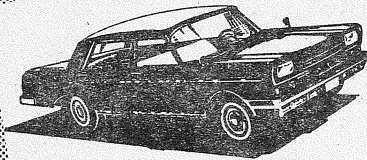


Geht es bei uns zu
wie im alten Rom?

Die Fachschaftsinitiativen der Tech-Fak
planen für die Woche vom 23.-27. Juni eine
ANTI-WAA - WOCHE.

Dazu sollen jeweils abends um 19⁰⁰ Uhr
Veranstaltungen wie z.B. Filme, Diskussionen etc.
laufen. Näheres entnehmen bitte den Wandzeitungen.

ANZEIGE



各种出口火花塞、点火线圈、各种开关、各种电磁阀、各种灯泡、各种汽车灯、真空泵、气门芯、调节器、电喷器、磁电机、保险、电瓶、喇叭、转向灯、大灯、发电机、磁电机、风扇带、刹车片等。数量从优。

KLEINANZEIGEN

Suche geräumigen
Hamsterkäfig,
möglichst umsonst!

Andrea

oder im FSI-Büro abgeben
Tel. 44 00 58

Wohnung



ca. 25qm. Wfl. + Küche und Bad
bis 325,- DM incl. NK u. Hzg.

gesucht!

Michael Klein,
Tel. 25110

Schnecke gesucht!

P.Nickel, Telefon
09131/58404



Bügelisen

zu verschenken.

Dirk, Tel. 49646

5. daher:
"Klein-Anzeige"

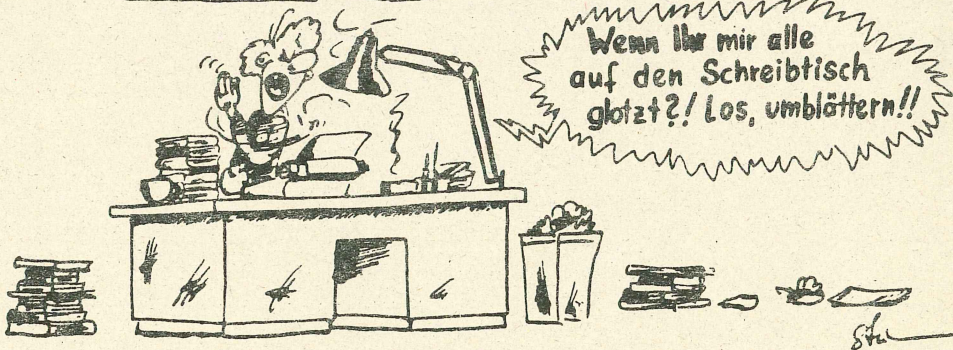
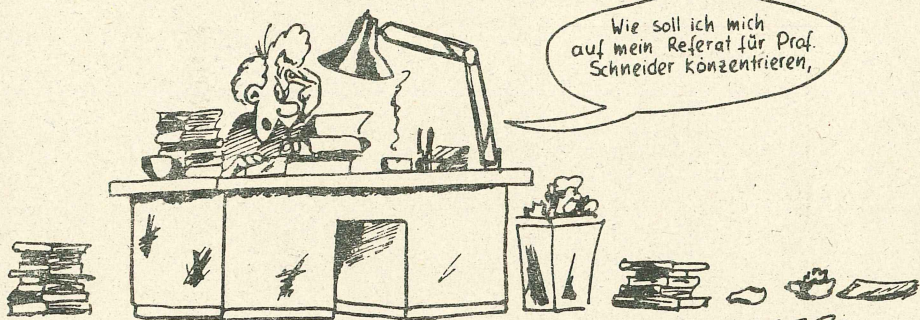
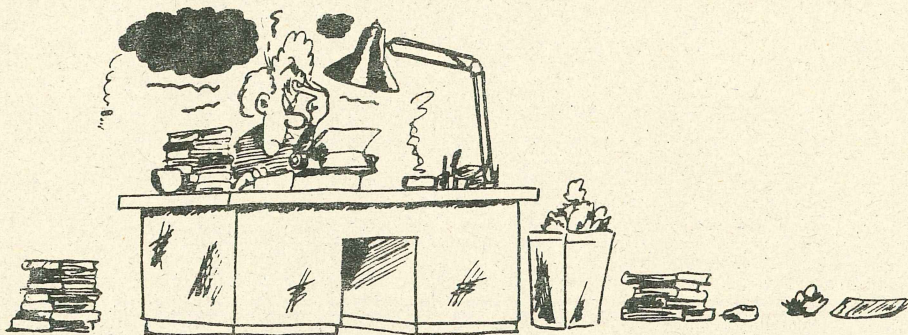
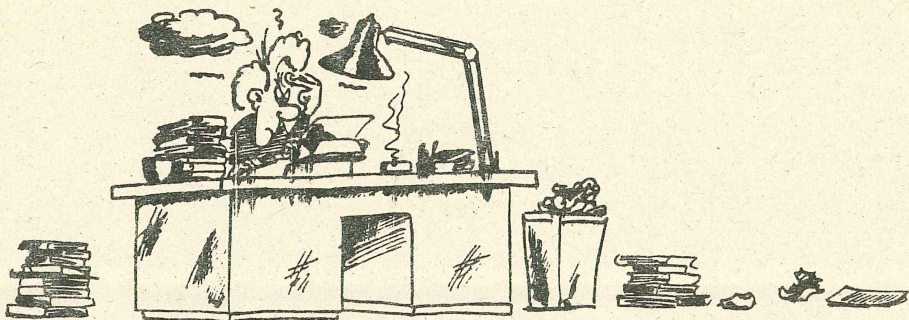


Auto zu verkaufen.
Fährt nicht, sieht
aber hübsch aus.
Jörg 25001021

WER GEHT MIT MEINER
SCHNECKE GASSI?

Peter, Tel. 58404





„Die beste Regierung ist die, welche am wenigsten regiert“

Einige noch nie aus der Mode gekommenen Weisheiten aus dem Essay "Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat" des amerikanischen Philosophen Henry David Thoreau, das Mahatma Gandhi wie ein Lehrbuch unter seine Anhänger verteilte ...

-- ausgewählt von Andrea --

„ Ich will sachlich reden, und nicht wie die Leute, die sich überhaupt gegen jede Regierung erklären. Ich sage nicht: von jetzt an keine Regierung mehr, sondern: von jetzt an eine bessere Regierung. Jedermann soll erklären, vor welcher Art von Regierung er Achtung haben könnte, und das wird ein Schritt auf dem Weg zu ihr sein.

Der praktische Grund, warum die Mehrheit regieren und für längere Zeit an der Regierung bleiben darf, wenn das Volk die Macht hat, ist schließlich nicht, daß die Mehrheit das Recht auf ihrer Seite hat, auch nicht, daß es der Minderheit gegenüber fair ist, sondern ganz einfach, daß sie physisch am stärksten ist. Aber eine Regierung, in der die Mehrheit in *jedem* Fall den Ausschlag gibt, kann nicht auf Gerechtigkeit gegründet sein, nicht einmal soweit Menschen die Gerechtigkeit verstehen. Könnte es nicht eine Regierung geben, in der nicht die Mehrheit über Falsch und Richtig befindet, sondern das Gewissen? – in der die Mehrheit nur solche Fragen entscheidet, für die das Gebot der Nützlichkeit gilt? Muß der Bürger auch nur einen Augenblick, auch nur ein wenig, sein Gewissen dem Gesetzgeber überlassen? Wozu hat denn dann jeder Mensch ein Gewissen? Ich finde, wir sollten erst Menschen sein, und danach Untertanen. Man sollte nicht den Respekt vor dem Gesetz pflegen, sondern vor der Gerechtigkeit. Nur eine einzige Verpflichtung bin ich berechtigt einzugehen, und das ist, jederzeit zu tun, was mir recht erscheint. Man sagt, daß vereinte Masse kein Gewissen hat – und das ist wahr genug; gewissenhafte Menschen aber verbinden sich zu einer Vereinigung *mit* Gewissen. Das Gesetz hat die Menschen nicht um ein Jota gerechter gemacht; gerade durch ihren Respekt vor ihm werden auch die Wohlgesinnten jeden Tag zu Handlangern des Unrechts. “

„Es gibt Tausende, die im *Prinzip* gegen Krieg und Sklaverei sind und die doch praktisch nichts unternehmen, um sie zu beseitigen; die sich auf den Spuren Washingtons oder Franklins glauben und zugleich ruhig sitzen bleiben, die Hände in den Taschen, sagen, sie wüßten nicht, was zu tun sei, und eben auch nichts tun; Menschen, für die die Frage der Freiheit hinter der des Freihandels zurücktritt und die nach dem Essen in aller Ruhe die Tagespreise zugleich mit den letzten Nachrichten aus Mexiko lesen und vielleicht über dieser Lektüre einschlafen. Wie hoch steht heute wohl der Tagespreis für einen Ehrenmann oder Patrioten? Sie zögern, sie bedauern, und manchmal unterschreiben sie auch Bittschriften, aber sie tun nichts ernsthaft und wirkungsvoll. Sie warten – wohlsituiert –, daß andere den Übelstand abstellen, damit sie nicht mehr daran Anstoß nehmen müssen. Höchstens geben sie ihre Stimme zur Wahl, das kostet nicht viel, und der Gerechtigkeit geben sie ein schwaches Kopfnicken und die besten Wünsche mit auf den Weg, während sie an ihnen vorübergeht.“

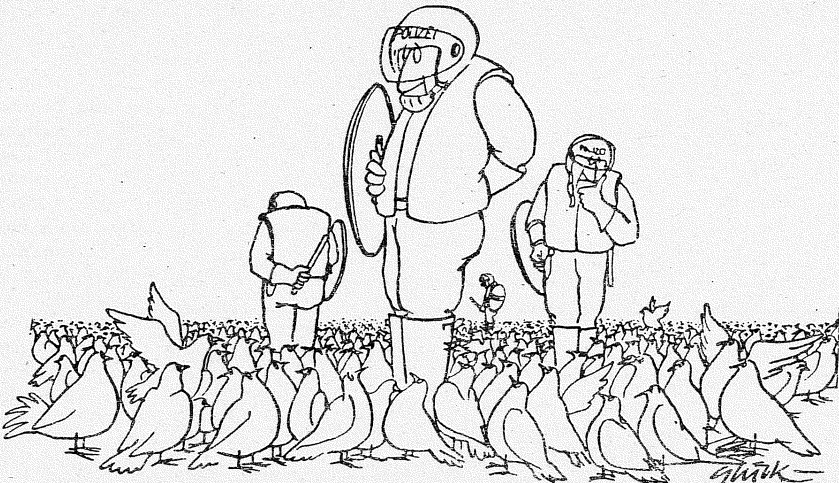


„und
Frieden im
neuen Jahr
!!!“

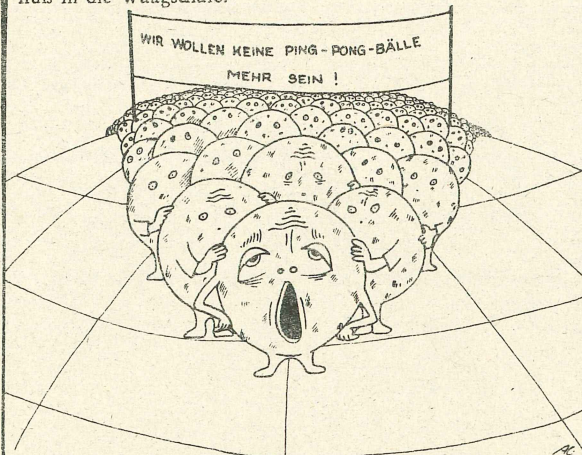
„Alle Wahlen sind eine Art Spiel, wie Schach oder Puff, nur mit einem winzigen moralischen Beigeschmack, ein Spiel um Recht und Unrecht, um moralische Probleme; natürlich setzt man auch Werten darauf. Doch für den Wähler steht nichts auf dem Spiel. Ich wähle so, wie es mir eben recht erscheint; ich versteife mich nicht darauf, daß die Billigkeit sich dabei durchsetzt. Das überlasse ich gerne der Mehrheit. Die Verpflichtung geht hier nicht über die Zweckmäßigkeit hinaus. Auch für das *Rechte stimmen*, heißt, *nichts dafür tun*. Allenfalls gibt man den Menschen sanft zu verstehen, man wünsche, es möge sich durchsetzen. Ein kluger Mensch wird die Gerechtigkeit nicht der Gnade des Zufalls überlassen, er wird auch nicht wollen, daß sie durch die Macht der Mehrheit wirksam werde. Denn in den Handlungen von Menschenmassen ist die Tugend selten zu Hause. Wenn die Mehrheit schließlich für die Beseitigung der Sklaverei stimmen wird, dann deshalb, weil es dann kaum noch etwas anderes als die Sklaverei geben wird, das durch ihre Stimme beseitigt werden kann. Sie werden dann die einzigen Sklaven sein. Nur wer mit seiner Stimme seine Freiheit aufweist, kann mit dieser Stimme die Befreiung der Sklaven beschleunigen.“

Wie kann sich jemand nur damit zufriedengeben, daß er eine Meinung hat! Was für eine Genugtuung liegt darin, wenn es seine Meinung ist, daß er bedrückt sei? Wenn dein Nachbar dich auch nur um einen Dollar betrügt, dann genügt es dir nicht, zu wissen, daß du betrogen worden bist, auch nicht, ihm eine Bittschrift zuzustellen, er möge dir die Schuld zurückzahlen; vielmehr wirst du wirksame Schritte unternehmen, um sofort die ganze Summe zurückzubekommen und die Gewähr, daß du nicht wieder betrogen werden wirst. Wer nach Grundsätzen handelt, das Recht wahrnimmt und es in Taten umsetzt, verändert die Dinge und Verhältnisse; dies ist das Wesen des Revolutionären, es gibt sich nicht mit vergangenen Zuständen zufrieden. Es trennt nicht nur Staaten und Kirchen, es spaltet Familien. Ja, es spaltet den Einzelmenschen, indem es das Teuflische in ihm von dem Göttlichen scheidet.

Es gibt ungerechte Gesetze: sollen wir ihnen befriedigt gehorchen, oder sollen wir es auf uns nehmen, sie zu bessern, und ihnen nur so lange gehorchen, bis wir das erreicht haben, oder sollen wir sie vielleicht sofort übertreten? Die Leute glauben im allgemeinen, unter einer Regierung, wie wir sie jetzt haben, sollten sie warten, bis sie die Mehrheit zu den Änderungen überredet haben. Wenn sie Widerstand leisteten, so glauben sie, wäre die Kur schlimmer als die Krankheit. Aber es ist die Regierung, die allein schuld hat, daß die Kur schlimmer als die Krankheit ist. Sie macht sie schlimmer. Warum tut sie nicht mehr dafür, Reformen vorzusehen und einzuleiten? Warum achtet sie nicht auf ihre verständige Minderheit? Warum muß sie lärmern und sich sträuben, bevor sie noch Schaden gelitten hat? Warum ermutigt sie die Bürger nicht, wachsam zu sein und ihre Fehler anzuzeigen und ihr damit Besseres zu tun, als an ihnen getan wurde? Warum wird Christus immer aufs neue gekreuzigt, Kopernikus und Luther exkommuniziert und Washington und Franklin noch immer zu Rebellen erklärt?

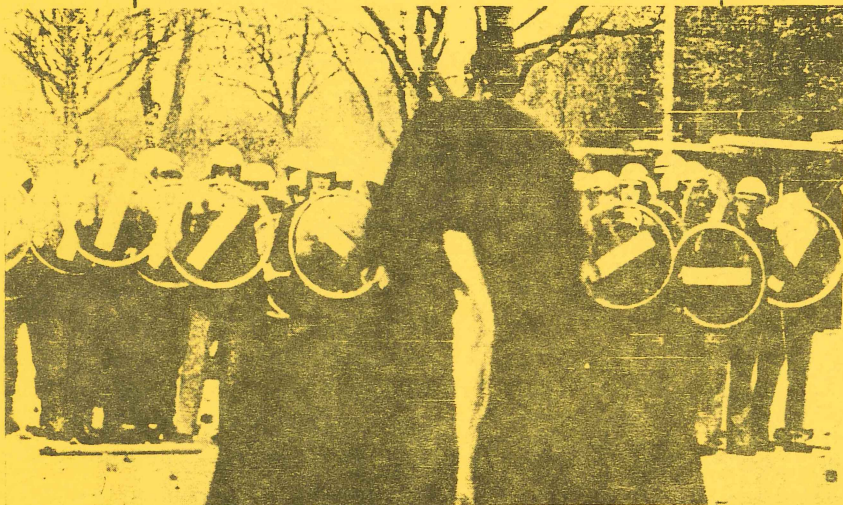


„Unter einer Regierung, die irgend jemanden unrechtmäßig einsperrt, ist das Gefängnis der angemessene Platz für einen gerechten Menschen. Der rechte Platz, der einzige, den Massachusetts seinen freieren und weniger kleinmütigen Geistern anzubieten hat, ist eben das Gefängnis, wo sie von Staates wegen ausgesetzt und ausgeschlossen werden, nachdem sie sich durch ihre Grundsätze schon selbst ausgeschlossen haben. Der entflohene Sklave, der mexikanische Kriegsgefangene auf Parole und der Indianer mit seinen Anklagen gegen das Unrecht, das man seiner Rasse zugefügt: nur hier sollen sie ihn finden, im Gefängnis; auf diesem abgeschiedenen, aber freieren und ehrbareren Boden, wo der Staat jene hinbringt, die nicht *mit* ihm, sondern *gegen* ihn sind: es ist das einzige Haus in einem Sklavenstaat, das ein freier Mann in Ehren bewohnen kann. Vielleicht glauben manche, daß sie dort ihren Einfluß verlieren, daß ihre Stimme das Ohr des Staates nicht mehr erreicht, sie glauben, daß ihre Feindschaft innerhalb dieser Mauern unwirksam wäre – aber sie wissen nicht, um wieviel die Wahrheit stärker ist als der Irrtum und wieviel ausdrucksvoller und wirksamer sie die Ungerechtigkeit bekämpfen können, wenn sie sie nur ein bißchen an sich selbst erfahren haben. Lege in deine Stimme das ganze Gewicht, wirf nicht nur einen Papierzettel, sondern deinen ganzen Einfluß in die Waagschale.“



Eine Minderheit ist machtlos, wenn sie sich der Mehrheit anpaßt; sie ist dann noch nicht einmal eine Minderheit; unwiderstehlich aber ist sie, wenn sie ihr ganzes Gewicht einsetzt. Vor der Wahl, ob er alle anständigen Menschen im Gefängnis halten oder Krieg und Sklaverei aufgeben soll, wird ein Staat mit seiner Antwort nicht zögern. Wenn tausend Menschen dieses Jahr keine Steuern bezahlen würden, so wäre das keine brutale und blutige Maßnahme – das wäre es nur, wenn sie sie zahlten und damit dem Staat erlaubten, Brutalitäten zu begehen und Blut zu vergießen. Das erstere ist, was wir unter einer friedlichen Revolution verstehen – soweit sie möglich ist. 99

Die rechtmäßige Regierungsgewalt, auch von der Art, welcher ich mich gerne unterwerfe – denn ich gehorche leichten Herzens denen, die mehr wissen und besser handeln als ich, und in vielen Stücken auch denen, die nicht einmal mehr wissen und besser handeln –, diese Regierungsgewalt ist immer unvollständig: um nämlich unbedingt gerecht zu sein, muß sie Vollmacht und Zustimmung der Regierten haben. Sie kann kein umfassendes Recht über mich und mein Eigentum haben, sondern nur so weit, wie ich zustimme. Der Fortschritt von einer absoluten zu einer beschränkten Monarchie, von einer beschränkten Monarchie zur Demokratie, ist ein Fortschritt in Richtung auf wahre Achtung vor dem Individuum. Sogar der chinesische Philosoph war weise genug, das Individuum als die Grundlage des Reiches anzusehen. Ist die Demokratie, wie wir sie kennen, wirklich die letztmögliche Verbesserung im Regieren? Ist es nicht möglich, noch einen Schritt weiter zu gehen bei der Anerkennung und Kodifizierung der Menschenrechte? Nie wird es einen wirklich freien und aufgeklärten Staat geben, solange sich der Staat nicht bequemt, das Individuum als größere und unabhängige Macht anzuerkennen, von welcher all seine Macht und Gewalt sich ableiten, und solange er den Einzelmenschen nicht entsprechend behandelt.



Ich mache mir das Vergnügen, mir einen Staat vorzustellen, der es sich leisten kann, zu allen Menschen gerecht zu sein, und der das Individuum achtungsvoll als Nachbarn behandelt; einen Staat, der es nicht für unvereinbar mit seiner Stellung hielte, wenn einige ihm fernblieben, sich nicht mit ihm einließen und nicht von ihm einbezogen würden, solange sie nur alle nachbarlichen, mitmenschlichen Pflichten erfüllten. Ein Staat, der solche Früchte trüge, und sie fallen ließe, sobald sie reif sind, würde den Weg für einen vollkommeneren und noch ruhmreicheren Staat freigeben – einen Staat, den ich mir auch vorstellen kann, den ich bisher aber noch nirgends gesehen habe.“

ENTSCULDIGUNG

Sehr geehrte(r) Frau/Herr

Ich ,

kann/konnte am/vom19.... bis19....

aus folgendem Grund/folgenden Gründen

nicht zur Klausur erscheinen/nicht am Vordiplom teilnehmen.

- Verspätung von Bus, Zug, Mitfahrgelegenheit, Taxi, Schiff, Flugzeug
- Gebrochene(r)/(s) Finger/Bein(e)/Rippen/Genick/Moral/.....
- Beim Erdbeerpflücken von der Leiter gefallen
- Sportverletzung (.....
- (Silberne/Goldene/Diamantene) Hochzeit von
- Geburt von in
- Beerdigung von in
- Schlägerei mit wegen
- Sportsachen/Frühstück/Zigaretten/Alkohol vergessen
- Geschlechtsumwandlung Entmündigung
- Untersuchungshaft Melancholie
- Selbstmordversuch Unlust-/Rachegefühle
- Entzugserscheinungen Lachkrampf
- Maul- u. Klauenseuche Idiotentest
- Herztransplantation Musterung
- Fußpilz/Malaria/Koma Raubüberfall
- Freund(e)/Freundin(nen)
- Ihr(e) Frau/Mann Tv/Video/Kino/Theater/Oper
- Vergewaltigung Wirtschaftskrise
- Strahlenkrankheit Aggressionen auf
- Bombenalarm nicht geübt+gelernt/gekonnt
- Lotteriegewinn beim Wurzelziehen verletzt
- Demonstration Krankheit :
- Winter-/Sommerschlaf wegen Ihrer Person
- Körpergeruch Schnee/Regen/Hagel/Sonne

Ich bitte Sie höflichst, deshalb Klausur/Vordiplom als Bestanden an meine Studienadresse zuzusenden.

Note(n) :

mit freundlichen Grüßen

.....

letzte Seite

HR